

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 24—25

Die seit August rückläufige Entwicklung des Banknotenumlaufes wurde im Dezember durch eine sprunghafte Zunahme um 256 Mill. S (von 5.465 Mill. S auf 5.721 Mill. S) unterbrochen. Der Gesamtumlauf (Notenumlauf plus freie Verbindlichkeiten der Nationalbank) hat sich sogar um 435 Mill. S erhöht und nur, weil ein relativ hoher Betrag als Hilfslieferungserlös auf dem ERP-Konto eingelaufen ist und die ECA-Mission die laut Freigabeplan für das Jahr 1949 noch ausstehende letzte Freigabe von 350 Mill. S nicht durchführte, hat sich der Umlauf nicht noch stärker ausgeweitet.

Ursache der Umlaufserhöhung war vor allem der erhöhte Bargeldbedarf für die im Dezember einmalig und fast allgemein an die Arbeitnehmer ausbezahlte „Überbrückungshilfe“; aber auch die normale Saisonkomponente... (erhöhter Bargeldbedarf zu Jahresultimo, Weihnachtsremunerationen, 13. Gehälter usw.) sowie die im Dezember erfolgte (laut Freigabeplan vorletzte) Freigabe aus dem ERP-Fonds spielten eine Rolle. Die Kreditinstitute mußten zur Abwicklung der an sie gestellten Ansprüche in stärkerem Ausmaße den Notenbankkredit heranziehen. Sie legten der Nationalbank Bundesschatzscheine für 270 Mill. S zur Finanzierung vor¹⁾ und ließen sich Handelswechsel für 123 Mill. S rediskontieren²⁾.

Aus dem ERP-Fonds wurden am 8. Dezember 350 Mill. S für staatliche Investitionen im Rahmen

¹⁾ Die Nationalbank übertrug an die Kreditinstitute den Gegenwert für 16 Mill. S Bundesschatzscheine nach § 27 W. Sch. G. und finanzierte für 254 Mill. S von den Kreditinstituten vorgelegte Besatzungskostenschatzscheine (nach § 2, 1 b, der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz).

²⁾ Aufbaukreditwechsel wurden nur für 4 Mill. S eskontiert, so daß das Wechselportefeuille der Nationalbank insgesamt um 127 Mill. S zugenommen hat. Die oben erwähnte, seit Kriegsende größte Zunahme des Bestandes an eskontierten Handelswechseln weist darauf hin, daß eine Reihe von Kreditinstituten auf Grund ihrer Liquiditätslage plötzlich an sie herangetretene Ansprüche (diesmal offensichtlich für die Auszahlung der Überbrückungshilfen) nicht mehr ohne Inanspruchnahme des normalen (auf Handelswechsellübergabe beruhenden) Notenbankkredits befriedigen kann.

des a. o. Budgets freigegeben³⁾; da die Post „zeitweilig gesperrte Verbindlichkeiten aus Guthaben öffentlicher Stellen“ im Wochenausweis der Nationalbank Ende Dezember gegenüber Ende des Vormonats einen nur um 96 Mill. S niedrigeren Stand aufwies, dürften die Erlöse aus ERP-Lieferungen im Laufe des Dezember ziemlich hoch gewesen sein [etwa 250 Mill. S]⁴⁾. Durch die Umbuchung des freigegebenen Betrages sowie im Zuge von Abhebungen (vorwiegend für die zweite Hälfte des 13. Monatsgehaltes und für die Überbrückungshilfe der Beamten) haben sich die freien Guthaben öffentlicher Stellen bei der Nationalbank um 180 Mill. S erhöht. Die freien Verbindlichkeiten der Bank an die Kreditinstitute stiegen um 52 Mill. S.

Im Dezember sind die Devisenkurse von der Nationalbank — mit Ausnahme einer geringfügigen Veränderung beim englischen Pfund — unverändert gehalten worden. Das bedeutet freilich nicht, daß das am 22. November eingeführte neue System der gestaffelten Wechselkurse und der Devisenzuteilungen reibungslos funktioniert hätte⁵⁾. Die Schwierigkeiten scheinen, soweit es sich nicht um Einführungs- und Übergangerscheinungen handelt, hauptsächlich darauf zurückzuführen zu sein, daß die Aufteilung der Importe auf die drei Warenlisten ohne genügende Rücksicht auf die bisherigen Importmengen einerseits und die zum Grundkurs anfallenden Devisen andererseits vorgenommen worden ist. Da sich außerdem der Prämienkurs keineswegs auch nur einigermaßen frei bilden kann, sondern von der Nationalbank auf einer bestimmten Höhe festgehalten wird, kommt es zu schwerem Devisenmangel (insbesondere für Warenliste B), der nebst längeren Wartefristen wieder ein mehr oder weniger willkürliches Zuteilungssystem erforderlich macht. Dadurch kommt zur bisherigen Außenhandelslenkung durch die Außenhandelskommission noch die der National-

³⁾ Über die Aufteilung siehe Nr. 12 der Monatsberichte, XXII. Jahrgang (1949), S. 502, Fußnote 6.

⁴⁾ Eine genaue Schätzung ist nicht möglich, weil in der genannten Post außer den ERP-Konten noch andere Konten (Konten für Nicht-ERP-Lieferungen, Konten zur Abwicklung der Ziehungsrechte) enthalten sind.

⁵⁾ Siehe auch S. 22.

bank hinzu. Eine andere Unzulänglichkeit bestand darin, daß Exporteure, deren Produktion auf importierte Rohstoffe angewiesen ist, die dafür benötigten Devisen aus ihren Belassungsquoten entnehmen mußten. Das bedeutet, daß sie Rohstoffe der Liste B und sogar A zum Prämienkurs einführen mußten. Außerdem ergab sich für die abgelieferten Devisen ein umso niedrigerer Exportkurs (Mischkurs), je mehr von der Belassungsquote für Rohstoffimporte verwendet werden mußte. Ferner hat der Handelsverkehr mit einigen Ländern gelitten, weil für deren Währungen die Prämienkurse zu niedrig angesetzt waren.

Die Nationalbank hat aus dieser Lage die Konsequenzen gezogen und am 17. Jänner 1950 zunächst einmal die Prämienkurse für die französische und die nordischen Währungen erhöht¹⁾. Am 28. Jänner (Kundmachung Nr. 37) wurden auch der Prämienkurs für Holland heraufgesetzt und die Kurse für die nordischen Währungen nochmals erhöht. Auch ein Teil der restlichen Unzulänglichkeiten wurde beseitigt. Die generelle Belassungsquote (60 %) wurde abgeschafft und macht nunmehr wieder der individuellen Belassungsquote in ihrer ursprünglichen Form Platz. Sie wird nur im Ausmaße des Exporteurbedarfes an ausländischen Rohstoffen, nicht in größerem Ausmaße, etwa zum Zwecke der Erzielung eines Agios durch Weiterverkauf an Importeure, gewährt. Den Exporteuren werden die abgelieferten Devisen generell zum Mischkurs (Effektivkurs) abgerechnet. Führt der Exporteur für seine belassenen Devisen Waren ein oder beansprucht er im Ausland Leistungen, die in die Importliste C (Prämienkurs) fallen, so muß er die Differenz zwischen dem Mischkurs und dem Prämienkurs an die Nationalbank bezahlen.

Die Wirkung dieser Neuregelung besteht vor allem darin, daß die Exporteure nunmehr ihre aus dem Ausland bezogenen Rohstoffe (der Liste B oder gar A) nicht mehr zum Prämienkurs kalkulieren müssen wie bisher, und daß der Kurs, den sie für die abgelieferten Devisen erzielen, von dem Anteil der abgelieferten Devisen am Gesamtdevisenerlös unabhängig ist.

Die Nationalbank verspricht sich von der Neuregelung auch einen höheren Devisenanfall. Die vor allem infolge der unrichtigen Aufteilung der Importwaren auf die Einfuhrlisten herbeigeführte besondere Devisenknappheit hat den „schwarzen“ Devisenkurs, der schon durch die zögernde Haltung

¹⁾ Außerdem wurde im Verrechnungsverkehr mit der Türkei eine Prämie von 65 % zugestanden.

der Regierung in der Abwertungsfrage gestiegen war, hoch gehalten bzw. weiter steigen lassen, so daß die Verleitung, Devisen aus der 60%-Quote irgendwie mit über dem Prämienkurs liegenden Agio zu verwerten, groß war. Die Neuregelung kann derartige Manipulationen verhindern, wenn sich die individuelle Belassungsquote wirklich auf den Bedarf an ausländischen Rohstoffen beschränkt.

Wenn die Neuregelung nicht wieder irgendwie über Agioverkäufe zur Bildung individueller Exportkurse führt, kann sie als ein Fortschritt angesehen werden. Auf der Importseite besteht allerdings das Problem der richtigen Verteilung der Einfuhrwaren auf die Warenlisten A, B und C weiter.

Die Einlagen bei den Kreditinstituten haben im November um 262 Mill. S zugenommen, wovon 196 Mill. S auf Scheckeinlagen- und 66 Mill. S auf Spareinlagenzuwachs entfielen. Obwohl die Scheckeinlagenerhöhung etwas unter jener des Vormonates lag, ist sie immer noch außergewöhnlich hoch. Sie dürfte auf die im Zusammenhang mit der Wechselkursänderung vorgenommenen Angsteinkäufe und die damit erhöhte Liquidität der Unternehmungen zurückzuführen sein. Der Spareinlagenzuwachs ist der höchste seit April 1948 und weist darauf hin, daß die im September bis Oktober teilweise künstlich erzeugte Währungspsychose wieder einem größeren Vertrauen Platz gemacht hat. Ein Teil der neuen Spareinlagen dürfte aber auch durch die zwischen Konsumenten und Unternehmern vollzogene Geldumschichtung entstanden sein.

Die Aktienkurse sind von Mitte Dezember bis Mitte Jänner wieder etwas gestiegen, so daß sich der Gesamtindex um 3,5% von 311,7 auf 322,5 (März 1938 = 100) erhöhte. Mit Ausnahme des Magnesitbergbaues sind alle im Index erfaßten Aktien an der Kurserhöhung beteiligt, die wohl zum Teil auch auf psychologische Auswirkungen kürzlich bekanntgegebener Investitionspläne sowie auf Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen durch eine Anzahl von Gesellschaften zurückgeführt werden kann. Auch die fest verzinslichen Werte haben — nur ganz geringfügig — angezogen. Der Index stieg um 1,9% von 89,2 auf 90,9 (28. März 1945 = 100). Der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 hingegen, der im Zusammenhang mit den bekannten psychologischen Reaktionen des Publikums in den Tagen vor und unmittelbar nach der Kursanpassung um rund 20% angezogen hatte, ist ab 25. November wieder zurückgegangen; er erreichte am 19. Jänner 40,75 S pro 100 S Nominale und blieb dann bis Ende der Berichtsperiode praktisch unverändert.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 26-28

Infolge der Lohnsteuerermäßigung, die bei den erfaßten Arbeiterlöhnen durchschnittlich 34% des Steuerabzugsbetrages (Lohnsteuer und Besatzungskostensteuer) ausmacht, stieg der Index der *Arbeiternettotariflöhne* im Jänner um 0,9% (von 418,3 auf 422,0; April 1945 = 100). Dagegen sank gleichzeitig der Index der Lebenshaltungskosten (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) um 0,8%.

Infolge Arbeitszeitverlängerung, Übergang vom Zeitlohn zu Akkordlohn sowie infolge erhöhter Leistungen in der Akkordarbeit sind die *Arbeiternettoverdienste* im November wieder etwas gestiegen (von 392,3 auf 404,6; August 1938 = 100) und haben damit einen neuen Höchststand erreicht. Die Steigerung seit Jänner 1949 beträgt 24,6%¹⁾.

Obwohl die sinkende Tendenz der Preise eine Umkehr der Reallohnentwicklung in Richtung einer Erhöhung²⁾ andeutet, stand die Wirtschaft häufig unter dem Drucke latenter (und zum Teil bereits aktueller) Tariflohnforderungen, die den Preissenkungstendenzen entgegenwirken. Wenn sich die Lohnforderungen durchsetzen, müßte dies die wirtschaftliche Lage Österreichs bald sehr ungünstig beeinflussen. Bei nachgiebiger Geld- und Kreditpolitik würde der Effekt der kürzlich vorgenommenen Wechselkursanpassung paralytisch und die Zahlungsbilanzsituation des Landes sich verschlechtern³⁾, während bei einer Politik der Geld- und Kreditstabilisierung Arbeitslosigkeit entstehen würde.

In dieser entscheidenden Situation liegt es an der Wirtschaft selbst und an allen maßgebenden Stellen der Wirtschaftspolitik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die vorhandenen Preisrückbildungstendenzen weiter durchsetzen können. Geschieht das, so kann damit gerechnet werden, daß unumgängliche Verteuerungen zufolge der Wechselkursänderung kompensiert werden und das allgemeine Preisniveau allmählich wieder sinkt.

Zu den Voraussetzungen für den Erfolg einer solchen Wirtschaftspolitik zählen auch psychologische

¹⁾ Der Lebenshaltungskostenindex stieg im gleichen Zeitraum um 19%.

²⁾ Die kürzliche Herabsetzung der Leistungen der Krankenversicherung bei gleichbleibenden Sozialversicherungsbeiträgen bedeutet allerdings eine gewisse Realeinkommensenkung.

³⁾ Da außerdem der Ausgleich des Budgets neuerlich gefährdet würde und weiters die organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung einer Politik der rückgestauten Inflation weitestgehend abgebaut worden sind, müßte sogar mit einer offenen inflationistischen Entwicklung gerechnet werden.

Faktoren, die keinesfalls übersehen werden sollten. Der ständige Hinweis auf latente Lohnforderungen in der Öffentlichkeit und noch mehr die bereits offen erhobenen Forderungen sowie Streiks und Streikandrohungen schaffen keineswegs ein für Preissenkungen günstiges Klima. Ebenso wenig sollte die deprimierende Wirkung unterschätzt werden, die die plötzlichen Verteuerungen wichtiger Industriewaren (Pneumatiks, Aluminium, Garne u. a.) sowie die Rede von „nicht kostendeckenden“ oder „überholten“ Preisen (Landwirtschaft) oder bevorstehenden Preiserhöhungen (Eisen, Inlandskohle) auf die stark inflationsgeschreckte Öffentlichkeit ausüben.

Derartige Ankündigungen und Forderungen können dazu beitragen, daß man allgemein mit weiteren Preiserhöhungen rechnet, was wieder Enthaltungen, vermehrte Käufe und Warenzurückhaltungen fördert und dadurch allein schon Preissteigerungen auslösen kann.

Daß eine Neigung zu Preisrückgängen vorhanden ist, geht auch aus den seit vielen Jahren erstmals in größerem Umfang veranstalteten billigen Inventurausverkäufen und der Bewegung einer Reihe reagibler Preise hervor. Die „schwarzen“ Devisenkurse sind von Ende November bis Ende Dezember um 2% zurückgegangen; die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise fielen (nach dem Rückgang um 0,6% von November auf Dezember) von Mitte Dezember bis Mitte Jänner um weitere 2,7%⁴⁾, und auch auf einigen anderen reagiblen Märkten konnten Verbilligungen beobachtet werden (besonders auffallend war der Preissturz der Eier um 35 bis 40%). Die *freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum* blieben, nachdem sie von Mitte November bis Mitte Dezember um 5,6% gesunken waren, bis Mitte Jänner unverändert. Auf den übrigen, weniger reagiblen Märkten war die Preisbewegung uneinheitlich. Die offiziellen (d. h. behördlich festgesetzten und genehmigten) Preise blieben im großen und ganzen unverändert, während im Bereich der mehr oder weniger freien, legalen Preise hauptsächlich abwertungsbedingten Erhöhungen (z. B. Aluminiumgeschirr, verzinkte Eisenwaren) und Erhöhungswünschen verschiedentlich fallende Preistendenzen gegenüberstanden.

⁴⁾ Schmalz, Öl und Zucker wurden billiger. Tatsächlich war die Preissenkung auf den (noch bestehenden) Schwarzen Märkten für Nahrungsmittel noch etwas stärker als oben angegeben, da im Index der Schwarzmarktpreise (aus Vergleichsgründen) noch Waren enthalten sind, die unterdessen nur noch legal, zu gleichbleibenden offiziellen Preisen, gehandelt werden.

Es wird maßgeblich vom Vermeiden ungünstiger massenpsychologischer Reaktionen, vom Erhalten der Stabilität der Löhne und von einer vorsichtigen Geld- und Kreditpolitik abhängen, ob sich gewisse Sonderwünsche nach Preiserhöhungen erfüllen, ob sich unumgängliche Verteuerungen gegebenenfalls durch partielle Preissenkungen ausgleichen und schließlich, ob eine Rückbildung des allgemeinen Preisniveaus eingeleitet werden kann.

Wie bereits angedeutet wurde, ist auch der *Lebenshaltungskostenindex* in der Berichtsperiode erstmalig seit September 1949 wieder etwas zurückgegangen (um 0,8%, von 535,5 auf 531,1; April 1945 = 100). Reis, Tee und Baumwollwaren (Hemden) wurden – wahrscheinlich noch infolge der Wechselkursänderung – etwas teurer. Der Gemüsepreis stieg saisonbedingt, und auch die Kartoffelpreise zogen etwas an. Marmelade, Obst (Äpfel) und insbesondere Eier wurden billiger.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 29

Im *Dezember* war die Bevölkerung mit einer Reihe von Nahrungsmitteln besser versorgt als in den Vormonaten. Trotz Nachfragesteigerung infolge der Feiertage trat keine Verknappung ein. Vielfach gingen die Preise sogar etwas zurück.

Das Angebot an *bewirtschaftetem Frischfleisch* in Wien nahm im Dezember merklich zu und die Rationen konnten wieder rechtzeitig ausgegeben werden. Auch die Fleischschulden aus den Vorwochen wurden größtenteils abgedeckt.

Zufuhren von Vieh und Fleisch nach Wien¹⁾

| Art | Einheit | XI | XII | XII in % v. XI |
|------------------------|---------|-------|-------|----------------|
| Rinder, lebend | Stück | 1.764 | 6.284 | 356 |
| davon Ausland | „ | 1.762 | 4.842 | 275 |
| Schweine, lebend | „ | 2.261 | 4.144 | 183 |
| davon Ausland | „ | 2.191 | 4.026 | 184 |
| Kälber, lebend | „ | 10 | 15 | 150 |
| Schweine, geschlachtet | „ | 480 | 2.677 | 558 |
| Kälber, | „ | 591 | 2.425 | 410 |
| Rindfleisch | q | 5.092 | 4.489 | 88 |
| davon Ausland | „ | 4.580 | 3.160 | 69 |
| Schweinefleisch | „ | 1.587 | 6.362 | 401 |
| davon Ausland | „ | 1.238 | 5.700 | 460 |
| Kalbfleisch | „ | 2 | 11 | 550 |

¹⁾ Nach den Marktanteilsberichten. Bei den Anlieferungen von geschlachtetem Vieh und Fleisch sind die über den Zentralviehmarkt eingegangenen Zufuhren nicht erfaßt; sie würden zu Doppelzählungen führen.

Die seit August anhaltende nahezu restlose Absperrung Wiens von inländischen Viehzufuhren hörte Ende November auf. Während von August bis November insgesamt 88 Rinder aus dem Inland auf dem Wiener Zentralviehmarkt aufgetrieben wurden, waren es allein im Dezember zufolge

der ab 24. November 1949 auch in Wien gewährten Zuschläge zu den amtlichen Höchstpreisen¹⁾ bereits 1.500. Die Ergebnisse des gleichen Vorjahrmonats (4.000 Rinder) wurden jedoch bei weitem noch nicht erreicht. Bei *Schweinen*, für die weiterhin noch die amtlichen Höchstpreise gelten, trat keine merkliche Besserung ein. Die Einfuhren waren infolge verstärkter Lieferungen, vor allem aus Rumänien und Jugoslawien, etwa doppelt so hoch wie im Vormonate. Zum erstenmal wurden im Dezember auch 2.000 Schweine aus der CSR eingeführt. Dies ist insofern bemerkenswert, als die CSR in der Vorkriegszeit nicht als Schweinelieferant aufgetreten ist.

Die Zufuhren von *Fleisch* und *geschlachtetem Vieh* in die Wiener Großmarkthalle stiegen infolge erhöhter Inlandsaufbringung, mehr noch wegen größerer Anlieferungen von Schweinefleisch aus Rumänien (rund 170 t) und Jugoslawien (rund 190 t), von Rindfleisch aus Frankreich (rund 270 t) und Bulgarien (50 t), stark an. Sie waren bei Fleisch im Durchschnitt etwa doppelt, bei geschlachtetem Vieh etwa fünfmal so hoch wie im Vormonat.

Auch das Angebot an *freiem Fleisch* nahm wegen der größeren Zufuhren und der allgemein (d. h. mit Ausnahme von inländischen Schweinen und Kälbern) zugestandenem „Überkontingente“ stark zu. Die Preise waren daher Ende Dezember trotz der höheren Feiertagsnachfrage, die nur eine geringe Preiserhöhung ausgelöst hatte, um durchschnittlich 15% niedriger als zu Ende des Vormonats.

Von August, als die regelmäßigen Einfuhren von Vieh und Fleisch (vorwiegend aus dem Südosten) einsetzten, bis Ende des Jahres wurden 9.000 Rinder und 12.000 Schweine eingeführt. Den größten Anteil an den Rinderimporten hatte Jugoslawien (3.700 Stück), während Ungarn besonders an den Schweineimporten beteiligt war (9.000 Stück). Damit wurde das mit Ungarn vereinbarte Einfuhrkontingent von 20.000 lebenden Schweinen (gültig bis August 1950) in den ersten 4 Vertragsmonaten nahezu zur Hälfte erfüllt. Die mit Jugoslawien vereinbarte Einfuhr von 3.000 Rindern wurde – als Ersatz für andere, nicht erfüllbare Kontingente – sogar überschritten. Im Durchschnitt der letzten fünf Monate übertrafen die Rindereinfuhren sogar die des Jahres 1937, erreichten aber bei Schweinen nicht einmal ein Zehntel davon.

Die anderen für die Fleischversorgung Wiens relevanten statistischen Unterlagen (Auftrieb von Lebendvieh aus dem Inland, Zufuhren von Fleisch und geschlachtetem Vieh in die

¹⁾ Der Zuschlag beträgt bei Rindern der Qualitätsklassen AA und A S 1'50, der Klasse B S 1'– und der Klassen C und D S –'50 je kg Lebendgewicht. Der Preis für ausländische Rinder liegt um 50 g bis S 1'20 je nach Qualität und Herkunftsland über den amtlichen Höchstpreisen.

Auftrieb von ausländischem Vieh in Wien¹⁾

| Zeit | Herkunftsland | Rinder 1000 Stück | Schweine 1000 Stück |
|---------------------------------|------------------|----------------------|------------------------|
| 1937 | Ø | 1'1 | 33'0 |
| 1949 VIII.—XII. Ø | | 1'8 | 2'3 |
| 1949 VIII.—XII. Insgesamt | | 9'0 | 11'6 |
| darunter aus | | | |
| | Ungarn | 2'4 | 9'0 |
| | Jugoslawien | 3'7 | — |
| | Rumänien | 2'9 | — |
| | Frankreich | — | 0'6 |
| | ČSR | — | 2'0 |

¹⁾ Nach den Marktamsberichten. (Berücksichtigt sind Marktverkehr, Außenmarktbezüge und Kontumazanlage.)

Großmarkthalle) sind derzeit noch nicht vollständig¹⁾ und daher mit der Vorkriegszeit auch nicht vergleichbar. Der tatsächliche Fleischverbrauch in Wien kann daher nicht genau ermittelt werden; er dürfte jedoch noch erheblich hinter dem Vorkriegsstand zurückbleiben. Die friedensmäßige Höhe und Zusammensetzung des Fleischverbrauches wird durch eine steigende Inlandsaufbringung und durch verstärkte Importe, vor allem von Schweinen, zu erreichen sein.

Für die nächste Zeit sind neben den aus den Handelsverträgen mit Ungarn und Jugoslawien noch ausstehenden Lieferungen weitere Importe von Vieh und Fleisch aus bereits abgeschlossenen Einfuhrgeschäften mit Rumänien, Bulgarien und ČSR zu erwarten. Darüber hinaus dürften noch weitere Einfuhren erforderlich sein, die jedoch nur im Ausmaße der österreichischen Exportsteigerung durchführbar sein werden.

Der seit September anhaltende, zum Teil übersaisonnmäßige Rückgang der Anlieferungen von *Obst* und *Gemüse* nach Wien kam im Dezember zum Stillstand. Während normalerweise die Zufuhren im Dezember weiter rückläufig sind, blieben heuer die Anlieferungen von Gemüse gleich und nahmen bei Obst sogar um rund 8.000 q (20%) zu. Sie erreichten damit etwa den Stand vom Dezember des Vorjahres. Diese relative Besserung ist vor allem auf die stark angestiegenen Importe zurückzuführen, während die Inlandsaufbringung bei Gemüse abnahm (um

Verbraucherpreise für Gemüse und Obst in Wien¹⁾

| Art | 1949 | | Dezember 1949 gegenüber Nov. 1949 Dez. 1948 in % ²⁾ | |
|---------------|---------------|-----------|---|-----------|
| | XI S je kg | XII | Nov. 1949 | Dez. 1948 |
| Kartoffel ... | 4'00—5'00 | 4'50—6'50 | 122 | |
| Kohl | 1'20—1'50 | 2'00—2'80 | 178 | 96 |
| Kraut | 1'00—1'20 | 1'50—1'80 | 150 | 183 |
| Sellerie ... | 1'40—2'00 | 2'00—2'50 | 132 | 118 |
| Rote Rüben | 1'00—1'40 | 1'20—1'70 | 121 | 161 |
| Zwiebeln .. | 1'60—2'00 | 2'00—2'40 | 122 | 200 |
| Äpfel | 1'60—2'80 | 1'60—2'80 | 100 | 88 |
| Birnen | 2'40—3'00 | 2'80—4'00 | 126 | 28 |
| Nüsse | 10'00 | 12'00 | 120 | 60 |
| Zitronen .. | 0'40—0'80 | 0'34—0'60 | 78 | 94 |

¹⁾ Nach den Marktamsberichten. — ²⁾ Berechnet aus dem Durchschnitt zwischen Ober- und unterer Preisgrenze.

³⁾ Siehe Nr. 12 der Monatsberichte, XXII. Jg. (1949), S. 506.

4.000 q) und bei Obst annähernd gleich blieb. Da dem erhöhten Angebot eine noch höhere Feiertagsnachfrage gegenübertrat, stiegen die Preise von Ende November bis Ende Dezember durchschnittlich um etwa 25%.

Im letzten Quartal 1949 erreichte der Wiener Verbrauch an Obst 67%, an Gemüse nur 52% von 1937. Diese ungenügende Versorgung ergab sich vor allem aus der starken Abnahme der Inlandsaufbringung, während die Einfuhren weniger zurückblieben. Im Vergleiche zu 1948 sind die Obstimporte sogar um 7% gestiegen, doch nahm die Inlandsaufbringung teils wegen schwächerer Ernte, teils wegen gesteigerter Exporte [vornehmlich Äpfel²⁾] um 33% ab. Der Obstverbrauch erreichte daher nur 76% von 1948. Der Gemüseverbrauch erreichte etwa die gleiche Höhe wie 1948; hier betrug die Inlandsaufbringung 109%, der Import jedoch nur 51% des Vorjahres.

Zufuhren von Obst, Gemüse und Kartoffeln nach Wien im 4. Quartal¹⁾

| Art | 1937 | 1948 1000 q | 1949 | 1949 in % von 1937 1948 | |
|--------------------------------|-------|----------------|-------|----------------------------|-----|
| Obst ²⁾ insges. ... | 206'5 | 181'6 | 138'3 | 67 | 76 |
| dav. Ausland . | 61'4 | 40'3 | 43'0 | 70 | 107 |
| Gemüse ³⁾ insges. | 266'9 | 137'8 | 139'1 | 52 | 101 |
| dav. Ausland . | 14'5 | 20'1 | 10'3 | 71 | 51 |
| Kartoffeln insges. | 116'5 | 565'4 | 194'2 | 167 | 34 |
| dav. Ausland . | 0'3 | — | 3'7 | 1.233 | — |

¹⁾ Nach den Marktamsberichten. — ²⁾ Einschließlich Agrumen. — ³⁾ Einschließlich Pilze, Zwiebeln und Knoblauch.

Die Zufuhren von *Kartoffeln* waren im Dezember trotz der Einfuhr von rund 370 t aus Jugoslawien um rund 2.500 t (41%) geringer als im Vormonate. Obwohl die Nachfrage weiterhin gering war, sind die Preise von Ende November bis Ende Dezember um etwa 15% gestiegen. Der Kartoffelverbrauch ist gegenüber dem Vorjahre infolge der besseren Versorgung mit anderen Nahrungsmitteln stark zurückgegangen. Da außerdem der größte Teil der Konsumenten auf Einkellerung verzichtete, blieben die Zufuhren nach Wien im vierten Quartal des abgelaufenen Jahres auf ungefähr ein Drittel der im gleichen Zeitraume des Vorjahres angelieferten Menge beschränkt. Sie waren jedoch noch immer um 67% höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 1937. Angesichts dieser Entwicklung des Verbrauches und der verhältnismäßig guten Ernte sind Einfuhren von Winterkartoffeln, auch in geringen Mengen, kaum vertretbar.

Die *Milch*aufbringung nahm im Dezember weiter um 6% (bezogen auf den Tagesdurchschnitt) ab. Der Rückgang war jedoch geringer als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Da die Milchverarbeitung stärker eingeschränkt wurde, nahm der Trinkmilchverbrauch nicht in gleichem Maße ab. Die An-

²⁾ In den ersten 10 Monaten 1949 wurden rund 11.000 q Obst, davon über 7.000 q Äpfel, ausgeführt. 1948 waren es nur 252 q (davon 244 q Äpfel), die alle nach Deutschland gingen.

lieferung nach Wien nahm (bezogen auf den Tagesdurchschnitt) bei Vollmilch sogar um rund 35% zu und blieb bei Magermilch gleich. Im Jänner besserte sich die Milchversorgung Wiens weiterhin und die Zuteilungen an die Normalverbraucher konnten beträchtlich erhöht werden¹⁾. Diese Entwicklung dürfte auf eine geringe Produktionszunahme und auf die Einschränkung der bäuerlichen Buttererzeugung zurückzuführen sein²⁾.

Am 1. Jänner 1950 wurde die am 12. September 1949 aufgehobene Bewirtschaftung von *Topfen* und *Käse* wieder eingeführt. Zwar bleibt der Bezug für den Verbraucher weiterhin frei, doch werden Erzeugungsumfang, Sortiment und Verwertung wieder vom Milch- und Fettwirtschaftsverband geregelt. Der Käse soll daher wieder über die offiziellen Erfassungstellen und nur zu den amtlichen Preisen auf den Markt kommen. Zu diesem Zwecke wird wieder der Transportausgleich eingeführt. Diese Anordnung, die einen Rückschritt in der bisherigen Entwicklung darstellt, wurde deshalb erlassen, weil die Bewirtschaftung der Milch durch die Freigabe eines Teilproduktes in Frage gestellt worden war. Es ist jedoch sehr zu bezweifeln, ob sich diese Anordnung nach der bis jetzt verfolgten Entwicklung wird durchsetzen können.

Die Fettationen konnten im Dezember allgemein in einer den Konsumentenwünschen entsprechenden Zusammensetzung gedeckt werden. Die Nachfrage konzentrierte sich auf Kunstspeisefett und Margarine, da diese Fettarten vor allem zum Backen gebraucht werden. Dagegen ging der Absatz von Schmalz stark zurück; besonders in den Bundesländern, weil hier infolge der Freigabe der Hausschlachtungen die Möglichkeit des meist billigeren Direktbezuges beim Produzenten stärker als bisher ausgenutzt werden konnte. Die Nachfrage nach Schmalz verringerte sich auch deshalb, weil der höhere Konsum von Schweinefleisch und Geflügel den Haushalten zusätzliches Fett brachte. Das mit der Anlieferung von Rindern rasch zunehmende freie Angebot an Kernfett³⁾ verursachte bei sinkenden Preisen (Mitte Jänner S 8'— je kg) auch in Wien eine Abnahme des Schmalzkonsums. Vielfach dürften jedoch auch die großen Preisunterschiede zwischen Schmalz (S 14.— je kg) und Kunstspeisefett oder Margarine (S 8'— bzw. S 6'88 je kg), die im Dezember wegen des allgemein stark gestiegenen Konsumaufwandes besonders fühlbar waren, diese Verbrauchsverschiebung verursacht haben.

¹⁾ Während bisher meist nur 4 Achtelliter wöchentlich ausgegeben wurden, erhielten die Normalverbraucher in der zweiten Jännerwoche 9 Achtelliter.

²⁾ Ausreichende Fettversorgung in Wien und in den Bundesländern hat die freien Butterpreise gesenkt. In Wien wurde Mitte Jänner Landbutter mit S 24 bis S 26, feinste Teebutter mit S 32 bis S 36 je kg frei verkauft. Der offizielle Preis beträgt für Teebutter S 22 je kg.

³⁾ Rindertalg ist offiziell noch immer bewirtschaftet.

Das Angebot an *Eiern* nahm im Dezember und weiter im Jänner stark zu. Der näherrückende Legebeginn (Februar) sowie die angekündigten und einlangenden Importe veranlaßten den Handel, seine Lager rasch aufzulösen, um größere Verluste zu vermeiden. Aus diesem Grunde sanken die Eierpreise in Wien bis Ende Jänner auf durchschnittlich S 1'— je Stück. Die sinkende Tendenz hält weiter an.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 29—30

Die bisherige Witterung hat den *Wintersaaten* kaum geschadet. Die vielerorts vorhandene Schneedecke ist von Vorteil, da sie Frostschäden, die heuer wegen der hohen Bodenfeuchtigkeit besonders gefährlich wären, verhindert.

Wegen der guten Ernte mußte auf Verlangen der ECA das *Ablieferungskontingent für Brotgetreide* von bisher 260.000 t um 13% auf 294.000 t erhöht werden. Die Zusatzmenge wurde nach den bisherigen Anteilsätzen⁴⁾ auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Große Erwartungen auf ein verstärktes Angebot — allein auf Grund dieser Mehrforderung — wird man allerdings nicht hegen dürfen. Darüber, ob mehr Getreide direkt verkauft oder aber über den Tiermagen veredelt wird, entscheiden heute fast ausschließlich ökonomische Erwägungen. Bei den gegenwärtigen niedrigen Preisen für Getreide und den hohen Preisen für Fleisch ist ein befriedigendes Angebot an Brotgetreide nur im Falle von ausreichenden Importen an Futtergetreide zu erwarten. Nur wenn die Nachfrage nach Futtergetreide zu niedrigen Preisen (verglichen mit den Abgabepreisen für Brotgetreide) gedeckt werden kann, wird die Landwirtschaft mehr Brotgetreide zur Marktversorgung abgeben⁵⁾.

Die *Brotgetreideablieferung* auf das Kontingent betrug am 1. Jänner 1950 191.456 t, davon waren 85.299 t (44,6%) Weizen und 106.157 t (55,4%) Roggen. Das Plus gegenüber dem Vorjahre, das am 4. Dezember nur 12.430 t betragen hatte, erhöhte sich bis Ende Dezember 1949 infolge eines größeren Angebotes auf 19.084 t. Die Ablieferung war jedoch, bezogen auf die vorgeschriebenen Mengen, sehr niedrig: betrug sie doch erst 65% vom Liefersoll, während im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bereits 75% des Kontingentes abgeliefert waren.

⁴⁾ Vom Kontingent haben z. B. Niederösterreich rund 60%, Oberösterreich 24%, das Burgenland 8% und Steiermark 5% zu liefern.

⁵⁾ Siehe auch Nr. 12 der Monatsberichte, XXII. Jg. (1949), S. 519 ff., „Zur Ertragslage der österreichischen Viehwirtschaft“.

Im Zuge der Neuorientierung der Zuteilungspolitik für ERP-Mittel¹⁾ verlangen die ECA-Stellen schon jetzt genaue zahlenmäßige Nachweise über die produktive Auswirkung der bisher aufgewendeten Förderungsmittel. So hat die Landwirtschaft nicht nur über die Höhe der Produktion, sondern auch über die *Marktleistung* statistische Nachweise zu erbringen. Da jedoch ein Teil der Marktleistung zahlenmäßig nicht erfaßt wird — z. B. die Fleisch-, Milch-, Butter- und Brotgetreideverkäufe zu freien Preisen im Rahmen der teils tolerierten, teils amtlich vorgesehenen Überkontingente —, bleiben die statistischen Leistungsnachweise zum Teil erheblich hinter den effektiven Leistungen zurück. Dies könnte zur Folge haben, daß die ERP-Zuschüsse für die Landwirtschaft gekürzt und für Lebensmittelimporte oder zusätzliche Investitionen in der Industrie verwendet werden. Die Landwirtschaft wird daher im eigenen Interesse versuchen müssen, zur Ergänzung ihres Leistungsnachweises auch die Umsätze des sogenannten Überkontingentgetreides zu erheben.

Die Erzeugung von Holz und die Lage auf dem Holzmarkt

Vom 1. April bis 30. September 1949 wurden 5,1 Mill. *fm* Holz geschlägert, davon 3,9 Mill. *fm* für den Verkauf und 1,2 Mill. *fm* für den Eigenbedarf von Forstwirtschaft und Servitutsberechtigten. Da der Holzzuwachs derzeit auf 8,25 Mill. *fm* jährlich geschätzt wird, wurden in den ersten zwei Quartalen des Forstwirtschaftsjahres 1949 bereits 62% der Zuwachsrate genutzt. Obwohl die Schlägerungen in Österreich infolge der vorherrschenden Gebirgslagen im Sommer erfahrungsgemäß etwas höher sind als im Winter, dürfte der Jahres-Hiebsatz den Zuwachs erneut, wenn auch nicht stark, übersteigen. Einsparungen an Holz, die von der Forstwirtschaft angestrebt werden, um den durch langjährige Überschlägerungen verringerten Stock zu schonen, werden daher auch heuer nicht möglich sein.

Die Leistungsintensität des österreichischen Waldes ist gebiets- und betriebsweise verschieden. Länder mit überwiegenden Hochgebirgslagen oder Kleinwaldbesitz haben niedrige, Gebiete mit Mittelgebirge und mit vorherrschendem Großwaldbesitz höhere Holzerträge²⁾. Auf den Staatswald mit rund 15% der Waldflächen Österreichs entfielen beispielsweise 20% der geschlägerten Holzmenge, auf den Kleinwaldbesitz mit weniger als 50 *ha* Waldfläche und einem Flächenanteil von rund 35% nur 30%. Da jedoch der effektive Zuwachs in den Kleinwäldern geringer ist, als auf Grund der zuletzt geschlägerten Holzmengen

¹⁾ Besondere Förderung jener Betriebe und Wirtschaftszweige, deren Investitionen eine kurzfristige Verbesserung der Zahlungsbilanz erwarten lassen.

²⁾ Die von geschultem Forstpersonal betreuten staatlichen und privaten Großforste produzieren mehr und wertvolleres Holz als die meist schlecht bewirtschafteten und durch starke Entnahme von Streu geschwächten Bauernwälder.

anzunehmen wäre — Fachleute schätzen ihn auf nur 1,5 *fm* gegen 4,5 *fm* je *ha* in vielen Großwaldbetrieben —, überschritt die den Bauernwäldern entnommene Holzmenge offensichtlich die Zuwachsrate. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß die landwirtschaftlichen Betriebe, die zur Zeit relativ viel investieren, mehr Nutzholz und Kapital als sonst benötigen, so daß teilweise die Substanz des als „Sparbüchse“ dienenden Holzbestandes liquid gemacht werden mußte.

Im Durchschnitt wurden im ersten Halbjahr 1949 1,67 *fm* Holz je *ha* Waldfläche gewonnen. Relativ am stärksten war der Holzeinschlag mit 2,39 *fm* in Kärnten, was zum Teil auf die günstige Frachtlage gegenüber Italien, dem größten Holzabnehmer Österreichs, zurückgeht. Verhältnismäßig viel Holz erzeugten noch Salzburg, Oberösterreich und Steiermark mit 1,88, 1,83 und 1,70 *fm* je *ha*, während Wien — wo die Winternutzung überwiegt — nur 0,48 *fm* produzierte.

Der Holzeinschlag vom 1. April bis 30. September 1949 je *ha* Waldfläche¹⁾

| Gebiet | Gesamter Holzeinschlag | | davon | |
|-----------------------|------------------------|-------------|-------------------------|--------------|
| | Festmeter je Hektar | Eigenbedarf | Einschlag für den Markt | in % v. 1948 |
| Wien | 0,48 | 0,11 | 0,37 | 100 |
| Niederösterreich | 1,34 | 0,28 | 1,06 | 92 |
| Oberösterreich | 1,83 | 0,47 | 1,36 | 89 |
| Salzburg | 1,88 | 0,79 | 1,09 | 109 |
| Steiermark | 1,70 | 0,34 | 1,36 | 126 |
| Kärnten | 2,39 | 0,39 | 2,00 | 131 |
| Tirol | 1,29 | 0,53 | 0,76 | 125 |
| Vorarlberg | 1,38 | 0,55 | 0,83 | 101 |
| Burgenland..... | 1,32 | 0,16 | 1,16 | 149 |
| Österreich insgesamt | 1,67 | 0,41 | 1,26 | 112 |

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (Holzeinschlag) und des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (Waldfläche 1948).

Die Produktion für den Markt war 1949 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahre 1948 um 0,41 Mill. *fm* oder um 12% höher. Mit Ausnahme von Nieder- und Oberösterreich, wo um 0,05 Mill. (8%) und 0,07 Mill. *fm* (11%) weniger geschlägert wurde, war die Holzerzeugung in allen Bundesländern höher als im Vorjahre; stark ins Gewicht fiel die höhere Marktproduktion in Steiermark und Kärnten mit einem Mehr von 0,22 und 0,19 Mill. *fm* oder 26 und 31%. Die schon seit einiger Zeit feststellbare stärkere Ausformung von Nutzholz zeigt sich auch diesmal darin, daß um 0,39 Mill. *fm* mehr Nutzholz, jedoch nur um 0,03 Mill. *fm* mehr Brennholz erzeugt wurde.

Von dem Holz, das für den Bedarf der Forstwirtschaft und der übrigen Nutzungsberechtigten bereitgestellt wurde, dient der größte Teil Heizzwecken (0,87 Mill. Festmeter oder 70%). Diese Menge ist erheblich höher als

jene für die übrigen Wirtschaftszweige und Haushalte zusammen (0'55 Mill. fm). Der hohe Eigenverbrauch der Wald- und Landwirtschaft an Brennholz ist zum Teil eine Folge der transportmäßig ungünstigen Lage dieser Betriebe, die die Kohlenfeuerung stark verteuert. Auch sind die dort verwendeten Öfen vorwiegend für Holzfeuerung gebaut. Zweifelloch könnte jedoch der Brennholzverbrauch durch holzsparende Herde und Öfen noch stark eingeschränkt und die Erzeugung von Schleifholz durch stärkere Ausscheidung des nutzholztauglichen Materials aus dem Brennholz gesteigert werden. Dies erscheint auch aus gesamtwirtschaftlichen Gründen um so notwendiger, als die wertsteigernde Verwendung dieses Rohstoffes durch industrielle Verarbeitung und Veredlung mit der verminderten Gesamt-Ausbeute an Holz und mit der steigenden Wichtigkeit des Holzexportes für die österreichische Handelsbilanz zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Die Verwendung des Holzes, das im Kriege und in der ersten Nachkriegszeit aus Kohlenmangel in einem unverhältnismäßig hohen Ausmaße verbrannt wurde — Brennholz war damals zeitweise sogar teurer als Schleifholz —, hat sich wieder ziemlich normalisiert. Sie ist gegenwärtig sogar wirtschaftlicher als vor dem Kriege, als wegen der Schwierigkeiten beim Absatz von Nutzholz rund 45% der erzeugten Holz mengen verbrannt wurden. Nachdem der Verbrauchsanteil des Brennholzes bis 1945 sogar auf über 60% anstieg, konnte er dank steigenden Kohlenimporten in den Jahren 1947 und 1948 stark eingeschränkt werden. Im Jahre 1948 betrug der Anteil des Brennholzes an der gesamten Produktion nur noch 36%, im ersten Halbjahre des laufenden Forstwirtschaftsjahres 28%. Gleichzeitig sanken infolge des Nachfragerückganges die überhöhten Preise für Brennholz bis auf die Höhe der amtlichen Preise, und, da sich Nutzholz infolge erhöhter Nachfrage aus dem In- und Ausland gleichzeitig erheblich verteuerte, schwand auch immer mehr das Interesse der Forstwirtschaft an der Erzeugung von Brennholz.

Der verminderte Brennholzverbrauch verbesserte nach und nach nicht nur die Versorgung der heimischen Sägewerke und Holzverarbeitenden Industrien mit Roh- und Schnittmaterial, sondern ermöglichte auch eine stärkere Intensivierung der Holzexporte. So standen der Säge- und Papierindustrie im Jahre 1949 2 Mill. fm Rohholz aus der Inlandsaufbringung mehr zur Verfügung als im Jahre 1948, womit die vorkriegsmäßige Versorgung teilweise sogar übertroffen wurde¹⁾. Da sich der Jahreinschlag an Holz von 10 Mill. fm vor dem Kriege auf gegenwärtig 8'5 Mill. fm verringerte, war diese günstige Versorgung der heimischen Industrie neben dem geringeren Brennholzverbrauch noch dem Verzicht auf Ausfuhr

¹⁾ Vor dem Kriege verschnitt die Sägeindustrie über 3 Mill. fm Rundholz, während 1'6 Mill. fm Schleifholz (Durchschnitt 1928/1937) von der Papierindustrie verarbeitet wurden.

von Rohholz — zwischen 1928 und 1937 wurden im Durchschnitt jährlich 0'75 Mill. fm Säge-Rundholz und 0'276 Mill. fm Schleifholz exportiert — zu danken.

Die Verarbeitung von Säge-Rundholz¹⁾ und Schleifholz²⁾
aus Inlandslieferungen

| Sortiment | 1937 | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 |
|-----------------|-----------------------|---------|---------|---------|-----------------------|
| | 1.000 fm ohne Rinde | | | | |
| Säge-Rundholz | 3.135'9 ³⁾ | 2.054'7 | 2.389'7 | 2.504'9 | 3.900'0 ⁴⁾ |
| Schleifholz ... | 1.892'0 | 388'0 | 507'2 | 1.096'0 | 1.700'0 ⁴⁾ |

¹⁾ Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ Aus „Österreichs Forst- und Holzwirtschaft“, 4. Jg. Nr. 17/18, 1949. — ³⁾ Aus der Österreichischen Forststatistik 1935. — ⁴⁾ Schätzung auf Grund der Verarbeitungsmengen von Jänner bis November 1949.

Der Export von Schnittholz (einschließlich Holzhäuser, Kisten und Obststeigen) erreichte im Jahre 1949 mit 1'26 Mill. m³ bereits wieder 87% der Ausfuhr des Jahres 1937 (1'45 Mill. m³), 238% von 1948 und 734% von 1947. Die Ausfuhr von Grubenholz betrug mit 0'07 Mill. fm 83% von 1937 (0'09 Mill. Festmeter). Die Ausfuhr von Holzfasertplatten konnte in den Jahren 1947 bis 1949 von 0'1 auf 1'0 und 1'9 Mill. m² gesteigert werden. Angesichts des Mißverhältnisses zwischen Holzverbrauch und Holzzuwachs erscheint die Erzeugung von Fasertplatten volkswirtschaftlich besonders wichtig, weil sie Abfallhölzer in vollwertige Holzsorten umwandelt.

Der Export von Holz und Holzwaren 1947 bis 1949
im Vergleiche zu 1937¹⁾

| Jahr | Schnittholz ²⁾ 1000 m ³ | Grubenholz 1000 fm | Hartfasertplatten 1000 m ² | Dämmplatten 1000 m ² |
|-----------|--|-----------------------|--|------------------------------------|
| 1937..... | 1.450'4 | 87'3 | — | — |
| 1947..... | 171'9 | 43'8 | — | 93'8 |
| 1948..... | 529'8 | 62'1 | 139'4 | 909'9 |
| 1949..... | 1.261'6 | 72'5 | 148'3 | 1.720'7 |

¹⁾ Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ Einschließlich Holzhäuser, Kisten und Obststeigen.

Schnittholz wurde hauptsächlich in Italien einschließlich Triest (71%), Holland (9%) und Griechenland (6%), Holzhäuser in die ÖSR (33%), Frankreich (18%), Türkei (16%), Israel und Holland (je 14%), Kisten und Obststeigen in Italien (51%) und Grubenholz in Ungarn (98%) abgesetzt, während die Hauptabnehmer von Hartfasertplatten Italien und von Dämmplatten Dänemark und Holland waren.

Diese starke Steigerung des Holzexportes ist allerdings weniger einer besonderen Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Holzes auf den ausländischen Märkten zu verdanken, als weit mehr der Subventionierung zu Lasten von Importgütern im Rahmen von Kompensationsgeschäften. Dadurch wurde auch die Preisbildung für Rund- und Schnitt-

holz im Inlande stark beeinflusst. Obwohl Rohholz auch schon während der amtlichen Preisregelung zumeist höher bewertet wurde, sanken die Preise infolge der Geldabschöpfung im Jahre 1948 vorübergehend wieder bis auf die Höhe der Stoppreise vom August 1947. Die durch den gesteigerten Export erhöhte wirksame Nachfrage führte jedoch neuerlich zu Preissteigerungen. Für Rundholz werden gegenwärtig um 50 bis 70% und für Faser- und Grubenholz um 50 bis 60% höhere als die letzten amtlichen Preise bezahlt. Die Inlandspreise für Schnittholz liegen um 30 bis 40% höher. Die weitere Preisentwicklung wird in erster Linie von der künftigen Exportentwicklung abhängen.

Entwicklung der Preise für Nutzholz¹⁾

| Sortiment | August 1947 Preise in S je fm ohne Rinde (frei Bahnstation) | Dezember 1949 1947=100 | |
|------------------------------|---|---------------------------|---------|
| Säge-Rundholz ²⁾ | 80 | 120—135 | 150—170 |
| Grubenholz ³⁾ ... | 68—72 | 110—115 | 160—162 |
| Schleifholz, 1a... | 68 | 109 ⁴⁾ | 160 |
| „ 2a... | 80 | 120 ⁴⁾ | 150 |

¹⁾ Vergleich der letzten amtlichen Preise vom August 1947 (Stopppreise) mit den durchschnittlichen Marktpreisen vom Dezember 1949 (lt. Bekanntgabe der Landeskommission für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark). — ²⁾ Bloche von Fichte und Tanne, Stärkeklasse 2a. — ³⁾ Fichte, Klasse 1a und 1b. — ⁴⁾ Obere Preisgrenze gemäß Vereinbarung zwischen der steirischen Papierindustrie und der Organisation der steirischen Waldbesitzer.

An sich wäre der Export von Schnittholz noch immer steigerungsfähig, da einerseits die Nachfrage nach Holz auf den europäischen Märkten noch immer groß ist und andererseits der dringendste Inlandsbedarf gedeckt ist. Außerdem dürfte die Versorgung der Sägeindustrie mit Rundholz auf Grund des Einschlages von 1949 auch im Jahre 1950 relativ sehr günstig sein¹⁾. So könnten, wenn Ausfuhren von Rundholz unterbleiben, die Sägewerke 4 Mill. fm Rundholz auf 2,4 Mill. m³ Schnittholz (60% Ausbeute) verarbeiten; für den Export würden, wenn der Inlandsbedarf mit 0,8 bis 1 Mill. m³ angenommen wird, 1,4 bis 1,6 Mill. m³, demnach erheblich mehr als im Jahre 1949, verfügbar sein.

Ob es tatsächlich zu dieser Exportausweitung kommen wird, wird von den in Zukunft erzielbaren Exporterlösen sowie der Höhe der Auslandsfrachten abhängen. Die seit der Kursregelung erhöhten Frachten haben schon bisher den Holzexport, besonders nach den nordwesteuropäischen Ländern infolge des langen Frachtweges, sehr erschwert. Wider Erwarten war allerdings die Holzausfuhr im Dezember relativ hoch, besonders Holzhäuser wurden viel ausgeführt. Sollten die Kompensationsgeschäfte, bei denen

für den Dollar 25 S und mehr erzielt wurden, auf Clearingbasis umgestellt werden, so wird der Umfang der Exporttätigkeit weitgehend von den Kursrelationen bestimmt werden.

Die Entwicklung der Holzausfuhr in der zweiten Jahreshälfte 1949¹⁾

| Zeit | Nadel-schnitt-holz | Holz-häuser | Kisten u. Obststeigen | Gruben-holz | Dämm-platten |
|--------------|--------------------|---------------------|-----------------------|-------------|---------------------|
| | | 1000 m ³ | | 1000 fm | 1000 m ² |
| 1948 Ø | 38'1 | 3'1 | 3'0 | 5'2 | 75'8 |
| 1949 V..... | 126'1 | 0'3 | 5'6 | 9'8 | 185'4 |
| VI..... | 154'2 | 0'6 | 6'1 | 5'3 | 131'5 |
| VII..... | 89'0 | 0'0 | 5'6 | 4'9 | 37'1 |
| VIII..... | 79'9 | 0'3 | 3'8 | 5'6 | 142'2 |
| IX..... | 103'3 | 1'7 | 4'6 | 6'9 | 88'1 |
| X..... | 119'6 | 2'8 | 3'7 | 5'4 | 108'0 |
| XI..... | 78'2 | 5'8 | 2'4 | 3'5 | 16'1 |
| XII..... | 125'9 | 10'9 | 4'3 | 5'6 | 111'9 |

¹⁾ Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates.

In Anbetracht der verhältnismäßig günstigen Rohstofflage und der unsicheren Exportentwicklung verlangt die Forstwirtschaft — um den Markt zu entlasten und die gegenwärtigen Preise zu sichern — mit Nachdruck die Bewilligung von Rundholz- und Schleifholzausfuhren und die Beschränkung der Schleifholzimporte. Sie verweist dabei insbesondere auf den durch die letzten Preis-Lohn-Abkommen gestiegenen Lohnaufwand, der im Gesamtaufwand der lohnintensiven Forstbetriebe stark ins Gewicht falle. Der zwischen Waldbesitzern und inländischen Holzverarbeitungsbetrieben bestehende Interessengegensatz hat sich am Exportverlangen des Waldbesitzes besonders heiß entzündet. Aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen erscheint es jedoch wünschenswert, Holz zumindest als Schnittmaterial, noch besser aber in Form von Fertigwaren (Holzwaren, Papier und Zellwolle) auszuführen.

Energiewirtschaft

Dat. statistische Übersichten S. 31—32

Das bis Jahresende anhaltende milde Winterwetter hat die Versorgung mit elektrischer Energie sehr erleichtert. Die Erzeugung der Wasserkraftwerke erreichte im Dezember einen für diese Jahreszeit außergewöhnlich hohen Stand. Während im Dezember 1948 nur 167 Mill. kWh aus Wasserkraft erzeugt werden konnten, waren es 1949 262 Mill. kWh, d. s. um 57% mehr. Sogar gegenüber November 1949 hat die Erzeugung im Dezember, ganz im Gegensatz zur normalen Saisonentwicklung, um 7% zugenommen.

Diese Leistungen der Wasserkraftwerke ermöglichen eine weitere Senkung der kalorischen Erzeugung von 94 Mill. kWh im November auf 79 Mill. kWh im Dezember 1949.

¹⁾ Dabei wird vorausgesetzt, daß der Einschlag im Winter 1949/50 nicht wesentlich hinter dem Einschlag im Winter 1948/49 zurückbleibt.

Von der Gesamterzeugung von 342 Mill. kWh im Dezember entfielen demnach nur 23% auf Dampfkraftwerke (Dezember 1948: 48%).

Der Verbrauch erreichte mit 328 Mill. kWh sogar den Höchststand vom August 1949 (329 Mill. kWh) und war damit um 5% größer als im November 1949.

Stromerzeugung und Verbrauch

| Zeit | Gesamte Stromerzeugung | Laufwasser- | davon in Speicher-Kraftwerken in Millionen kWh | Dampf- | Verbrauch |
|---------|------------------------|-------------|--|--------|-----------|
| Ø 1946 | 254'13 | 142'77 | 81'79 | 29'57 | 186'40 |
| Ø 1947 | 269'52 | 154'76 | 72'15 | 42'61 | 216'51 |
| Ø 1948 | 351'04 | 191'27 | 114'75 | 45'03 | 277'73 |
| Ø 1949 | 347'43 | 192'57 | 86'66 | 68'20 | 303'54 |
| 1946 X. | 248'77 | 130'29 | 60'82 | 57'66 | 205'50 |
| XI. | 246'36 | 141'40 | 56'90 | 48'06 | 198'19 |
| XII. | 254'82 | 122'68 | 64'63 | 67'51 | 207'14 |
| 1947 X. | 243'94 | 107'69 | 52'90 | 83'35 | 220'97 |
| XI. | 236'08 | 137'52 | 40'29 | 58'27 | 223'79 |
| XII. | 268'80 | 150'55 | 50'22 | 68'03 | 251'36 |
| 1948 X. | 338'93 | 172'19 | 85'32 | 81'42 | 281'23 |
| XI. | 302'60 | 145'16 | 44'19 | 113'25 | 291'43 |
| XII. | 319'32 | 110'83 | 55'94 | 152'55 | 305'08 |
| 1949 X. | 356'99 | 167'70 | 87'16 | 102'13 | 304'70 |
| XI. | 337'37 | 173'10 | 70'59 | 93'68 | 312'02 |
| XII. | 341'53 | 204'55 | 57'68 | 79'30 | 328'40 |

Die Kohlenversorgung war bis Jahresende befriedigend. Der inländische Kohlenbergbau hat im Jahre 1949 insgesamt 3.815.550 t Braun- und 183.056 t Steinkohle gefördert, d. s. um 14,3% und 2,9% mehr als 1948.

Die Kohleneinfuhren waren im Dezember bedeutend höher als in den Vormonaten. Die Einfuhr von Steinkohle erreichte mit 475.589 t sogar den höchsten Stand in der Nachkriegszeit.

Zusammen mit den Lieferungen des inländischen Bergbaues standen der österreichischen Wirtschaft im Dezember insgesamt 733.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, das sind 177,8% von 1937 (November 150,3%).

Die bis zum Ende der ERP-Hilfe vorgesehenen Kredite an den Kohlenbergbau sollen in den nächsten Jahren die Förderung auf 4,7 Mill. t pro Jahr steigern. In erster Linie soll dies durch Rationalisierung der bestehenden Betriebe erreicht werden. Daneben besteht aber noch die Absicht, durch Neuaufschlüsse von Kohlenlagern die Förderung in Zukunft auf über 6 Mill. t zu steigern. Die Mittel für diese Investitionen dürften allerdings nur schwer zu beschaffen sein, da nur die Deckung eines Teiles aus ERP-Mitteln erwartet werden darf. Außerdem bleibt abzuwarten, ob nicht die internationale Entwicklung der Kohlenpreise, die in Zukunft sicher eine sinkende Tendenz annehmen wird, die Rentabilität des inländischen Kohlenbergbaues ungünstig beeinflussen wird. Gegenwärtig liegen die inländischen Kohlenpreise (auf den Heizwert umgerechnet) zwar noch unter den Preisen für Importkohle (bei einem Dollarkurs von 21 S). Der Kohlenbergbau hat aber bereits

eine durchschnittlich 16%ige Preiserhöhung für Inlandskohle beantragt, die diesen Preisvorsprung weitgehend wettmachen würde.

Die geplante Mehrförderung von rund 2,5 Mill. t minderwertiger Braunkohle könnte wahrscheinlich nur mit Schwierigkeiten im Inland abgesetzt werden, da zum Teil erst geeignete Feuerungsanlagen gebaut werden müßten. Außerdem hat die Erfahrung gezeigt, daß die inländische Braunkohle in normalen Zeiten nur mit einem Beimischungszwang voll abgesetzt werden kann.

Durch die mit der Neuregelung der Importkohlenpreise eingetretene Begünstigung verschiedener Verbrauchergruppen ist die Kohlenwirtschaft wieder zum Subventionsträger geworden. Vor allem Hausbrand, Gewerbe, E-Werke und VÖEST erhalten die Kohlen weiterhin zum bisherigen Inlandspreis (geringere Veränderungen auch für diese Verbraucher ergeben sich nur durch Anrechnung der erhöhten Auslandsfrachten).

Nachdem im Juni 1949 durch Aufhebung der „Mischpreise“, die ebenfalls gestützt waren, die Importkohlenpreise normalisiert wurden, wurde am 25. November 1949 neuerdings die Subventionierung eines großen Teiles des Kohlenverbrauches eingeführt (etwa 40% der Importkohle entfallen auf diese Verbrauchergruppen). Da es sich hier nur um eine kurzfristige Regelung handeln kann, wird in einigen Monaten eine endgültige Normalisierung der Kohlenpreise unerlässlich sein.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 33-38

Die Industrieproduktion ist im Oktober nur geringfügig zurückgegangen. In einzelnen Zweigen war sie zwar stärker rückgängig, wie bereits der letzte Bericht erwähnte, andere, später meldende Industrien jedoch haben noch so große Fortschritte gemacht, daß der Gesamtproduktionsindex im Oktober nur um 2,9% niedriger war als im September.

Im November und Dezember haben nur einige saisonempfindliche Industriezweige ihre Erzeugung stärker eingeschränkt, während der Großteil der Industrien die Produktion stabil halten konnte. Die Gesamtproduktion dürfte daher in diesen beiden Monaten nur wenig zurückgegangen sein. Die Schwerindustrie hat den stärkeren Produktionsrückgang im November bereits überwunden und im Dezember wieder den Stand vom Oktober erreicht.

Die Industrieproduktion ist daher bis Jahresende trotz sinkendem Export kaum zurückgegangen.

Die Bergbauproduktion blieb auch im Dezember fast unverändert. Der geringfügige Rückgang gegenüber November ist auf saisonbedingte Einschränkungen

Produktionsindizes wichtiger Industriezweige

| Zeit | Gesamt- index | Bergbau | Magnesit- Ind. | Eisenschaffende Ind. |
|------------|-------------------|-------------------|-------------------------|-------------------------|
| Ø 1948 | 88'7 | 101'6 | 120'3 | 106'7 |
| 1949 VIII. | 117'3 | 116'6 | 155'3 | 141'5 |
| IX. | 133'5 | 122'0 | 168'9 | 158'2 |
| X. | 130'5 | 121'8 | 154'8 | 149'6 |
| XI. | | 126'7 | 154'3 | 139'9 |
| XII. | | 124'2 | 147'0 | 149'3 |
| | Metall- hütten | Fahrzeug- Ind. | Masch. Ind. | Baustoff- Ind. |
| Ø 1948 | 161'9 | 84'2 | 100'4 | 108'3 |
| 1949 VIII. | 373'1 | 122'7 | 146'4 | 175'6 |
| IX. | 295'4 | 146'2 | 162'6 | 183'3 |
| X. | 134'8 | 155'9 | 179'1 | 176'2 |
| XI. | 103'5 | | | 155'8 |
| XII. | | | | |
| | Chemische Ind. | Papier- Ind. | Leder- u. Schuh-Ind. | Textil- Ind. |
| Ø 1948 | 121'5 | 66'8 | 56'2 | 50'5 |
| 1949 VIII. | 149'9 | 81'7 | 65'1 | 70'6 |
| IX. | 177'8 | 86'2 | 80'7 | 89'6 |
| X. | 171'6 | 82'7 | 78'2 | 89'6 |
| XI. | 167'3 | 85'7 | 86'0 | 90'8 |
| XII. | | 86'6 | | |

kungen in wenigen Zweigen zurückzuführen. Gegenüber 1948 haben alle Zweige bedeutende Fortschritte erzielt und – mit Ausnahme des Eisenerzbergbaues – die Leistungen von 1937 weit überboten.

Die *Magnesitindustrie* ist gut beschäftigt, obwohl die Konkurrenz auf den ausländischen Märkten zunimmt. Die Erzeugung ist im November und Dezember wie alljährlich leicht zurückgegangen.

Der Produktionsrückschlag in der *eisenschaffenden Industrie* vom November bis in den Dezember wieder aufgeholt. Besonders die Walzwarenerzeugung ist stark gestiegen.

Erzeugung der eisenschaffenden Industrie

| | Roheisen | Rohstahl in Tonnen | Walzware |
|----------|----------|-----------------------|----------|
| Ø 1937 | 32.427 | 54.143 | 35.604 |
| Ø 1948 | 51.101 | 54.015 | 32.125 |
| 1949 IX. | 71.004 | 78.180 | 48.665 |
| X. | 68.594 | 78.885 | 47.365 |
| XI. | 57.760 | 67.455 | 45.320 |
| XII. | 64.446 | 77.242 | 49.244 |

Die Produktion der *Gießerei-Industrie* hat sich im Oktober und November weiter erhöht. Die Versorgung mit Gießerei-Roheisen durch die VÖEST funktioniert bereits klaglos. Für besondere Qualitätsansprüche muß allerdings in geringem Umfange auch Roheisen importiert werden. Die Verteuerung der Kohle und die zu erwartende Steigerung der Eisenpreise werden die Produktionskosten der Gießereien besonders stark erhöhen.

Die *Maschinenindustrie* und die *Fahrzeugindustrie* haben im September und Oktober – neuere Daten liegen noch nicht vor – ihre Erzeugung be-

trächtlich gesteigert, obwohl die Versorgung mit Walzmaterial schwierig ist. Die Auftragsrückstände der eisenschaffenden Industrie sind in den letzten Monaten so stark angewachsen, daß das Walzstahlbüro eine Auftragsannahmesperre bis 1. März 1950 verfügen mußte. Ausgenommen davon sind allerdings Aufträge auf jene Walzwaren, deren Produktion bereits weit über den Bedarf hinausgeht, wie insbesondere Walzdraht, Halbzeug und Grobbleche.

In der *Baustoffindustrie* ist die Erzeugung im November weiter gesunken. Alle Ziegeleien, die über keine Trocknungsanlagen verfügen, mußten den Betrieb einstellen. Auch die Zementproduktion war geringer als im Oktober.

Erzeugung der Baustoffindustrie

| | Mauer- ziegel 1000 Stück | Dach- ziegel | Zement Tonnen | Kalk |
|----------|--------------------------------|-----------------|------------------|--------|
| Ø 1937 | 54.000 | 10.667 | 35.750 | 5.679 |
| Ø 1948 | 31.025 | 5.229 | 60.115 | 20.088 |
| 1949 IX. | 65.455 | 11.236 | 107.216 | 22.446 |
| X. | 58.965 | 9.170 | 110.841 | 26.796 |
| XI. | 46.832 | 7.546 | 95.677 | 21.551 |

Die *Leder- und Schuhindustrie* hat ihre Produktion im November noch beträchtlich gesteigert. Ihr Produktionsindex stieg von 78'2% im Oktober (ϕ 1937 = 100) auf 86'0% im November. Die Ablieferung von inländischen Rohhäuten ist wegen der noch immer nicht an die Marktverhältnisse angeglichenen Höchstpreise auf ein Drittel der Vorjahresmenge gesunken.

Der Gesamtproduktionsindex der *Textilindustrie* blieb im Oktober unverändert, obwohl einzelne Zweige unter verstärktem Rohstoffmangel litten.

Im Dezember haben alle Zuckerfabriken die Rübenkampagne 1949 beendet. Insgesamt wurden rund 4'6 Mill. q Rüben verarbeitet und daraus 61.800 t Zucker gewonnen. Die heimische Zuckererzeugung hat damit noch nicht einmal 50% des Vorkriegsstandes erreicht und wird nur den halben Rationszuckerbedarf decken können.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 39

Im *Dezember* verzeichnete der Einzelhandel einen über Erwarten guten Geschäftsgang. Die Umsätze der Wiener Warenhäuser lagen um rund 52%, die der Konsumgenossenschaften um 46% und die des Gesamteinzelhandels um 44%¹⁾ über den Novemberziffern. Die Erwartung vom September und Oktober, daß die damaligen „Psychosen“-Käufe – ähnlich wie 1948 – die Dezemberumsätze beein-

¹⁾ Nach vorläufigen Angaben.

trächtigen würden, hat sich nicht bestätigt. Zwar wurden in jenen Monaten Teile des Weihnachtsgeschäftes vorweggenommen und vorhandene Geldreserven weitgehend aufgebraucht, die damals nicht voraussehbare Überbrückungshilfe jedoch, sodann der 13. Monatsgehalt und die Remunerationen haben im Dezember die Barmittel der Konsumenten wieder erhöht, die sie in Erwartung weiterer Preissteigerungen auch verausgabten. Neue Käufer-schichten, zusätzliche Geschenkkäufe und Anschaffungen von dauerhaften Konsumgütern belebten den Geschäftsgang vor allem in der Weihnachtswoche.

Einzelhandelsumsätze im Dezember

| | 1948 Veränderung gegenüber dem Vormonat in % | 1949 | 1949 gegenüber 1948 in % |
|------------------------------------|--|--------------------|-----------------------------|
| Wr. Warenhäuser insgesamt | + 26 | + 52 | 167 |
| davon | | | |
| Textilien u. Bekleidung | + 20 | + 42 | 175 |
| Möbel u. Hausrat | + 0 | + 38 | 149 |
| Sonstiges | + 59 | + 111 | 149 |
| Konsumgenossenschaften . | + 33 | + 46 | 151 |
| Einzelhandel insgesamt... | + 25 | + 44 ¹⁾ | 167 ²⁾ |
| davon | | | |
| Nahrungsmittel | + 33 | + 49 | 141 |
| Textilien u. Bekleidung | + 17 | + 38 ¹⁾ | 197 ¹⁾ |
| Sonstige Branchen ... | + 46 | + 92 | 147 |

¹⁾ Nach vorläufigen Angaben

Ein Teil der Umsatzerhöhungen geht auf Preissteigerungen zurück. Die Preiserhöhungen gegenüber November waren zwar nicht erheblich und auch nicht allgemein¹⁾, dürften jedoch die errechnete Umsatzsteigerung etwas abschwächen.

Verglichen mit dem Saisonindex blieben jedoch die tatsächlichen Umsätze außer bei Herrenbekleidung hinter der sonst üblichen perzentuellen Zunahme von November auf Dezember zurück. Die Ursache ist einerseits die bereits erwähnte, zum Teil übersaisonnmäßige Umsatztätigkeit in den vorangegangenen Monaten und andererseits der noch immer steigende Trend in den Einzelhandelsumsätzen²⁾.

An der Umsatzsteigerung waren vor allem die Geschenkartikel führenden Branchen beteiligt. In den Warenhäusern erzielten die unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren (Sportartikel, Spiel-, Papier-, Leder- und Parfumeriewaren) eine Umsatzbelebung um 111%. Für Lederwaren wurden vielfach Zunahmen um mehr als das Doppelte gemeldet; für

¹⁾ Von November auf Dezember stiegen die Preise für Genußmittel um etwa 15%, für Haushaltsgegenstände um 5%, während sie bei Bekleidung annähernd gleich blieben.

²⁾ So liegen für die Wiener Warenhäuser die Umsatzziffern des Jahres 1949 um rund 94% über jenen von 1948; eine Steigerung, die weit über die eingetretenen Preiserhöhungen hinausgeht.

Parfumerie- und Drogeriewaren um nahezu 100%³⁾). In der Nahrungsmittelbranche sind zwar die erhöhten Umsatzwerte durch die zumal für Genußmittel eingetretenen Preissteigerungen beeinflußt, jedoch war auch hier der Geschäftsgang im allgemeinen sehr befriedigend. Durchschnittlich waren die Erlöse um nahezu 50% höher als im November und überstiegen damit auch die Zunahme im Dezember 1948 (33%). Die Umsätze von Textilien und Bekleidung stiegen in den Warenhäusern um 42%, darunter Damenbekleidung und Schuhe sogar um 60% und mehr. Die Umsätze von Möbeln und Hausrat blieben hinter der allgemeinen Entwicklung etwas zurück: im Vergleiche zum November sind ihre Erlöse nur um etwa ein Drittel gestiegen. Erfreulicherweise erstreckte sich die Kauflust in diesem Jahr auch auf den Buchhandel. Obwohl die Käufe ziemlich spät einsetzten (10. bis 15. Dezember), konnten die Umsatzziffern des Weihnachtsgeschäftes 1948 bis um 10% übertroffen werden. Nach Berichten aus der Branche brach der relativ gute Geschäftsgang nicht sofort nach den Feiertagen ab. In welchem Umfang erhöhte Werbetätigkeit, verbesserte Ausstattung und größeres Titelangebot das Buchgeschäft anhaltend zu beleben vermögen, werden erst, die nächsten Monate zeigen.

Die Umsatzentwicklung im Jahre 1949 ist, soweit aus den Daten der Wiener Warenhäuser auf den gesamten Handel geschlossen werden darf, durch eine weiter steigende Tendenz — bei einem Rückschlag in den Sommermonaten Juni bis September — gekennzeichnet. So lagen die Ziffern des vierten Quartals 1949 nicht nur um 168% höher als die des ersten, sondern auch um fast 60% über denen des vierten Quartals 1948. Diese seit der Währungsreform sichtbare Tendenz zeigt sich freilich im Jahre 1949 gegenüber 1948 etwas abgeschwächt, besonders im dritten und vierten Quartal. Auch die stärkere Einwirkung der Saisoneinflüsse im Jahre 1949, die sich deutlich in den rückläufigen Umsatzziffern des dritten Quartals ausdrücken, läßt bereits auf eine gewisse Sättigung des Bedarfes schließen. Für diese Vermutung spricht auch, daß sich die Nachfrage von Textilien und Bekleidung auf Möbel und Hausrat verlagert hat. Zwar weisen die Umsätze in Textilien und Bekleidung, sofern man das vierte Quartal 1949 mit dem ersten Quartal 1948 vergleicht, mit 571% (Möbel und Hausrat 236%) die stärkste Steigerung auf, hinsichtlich der quartalsweisen Entwicklung 1949 ist jedoch für Möbel und Hausrat eine stärkere

³⁾ Da die pro Kunde verausgabte Kaufsumme weniger anstieg, darf die Geschäftsbelebung, wie schon angedeutet, wohl einer Ausweitung des Käuferkreises zugeschrieben werden.

perzentuelle Zunahme (auch gegenüber 1948) vor allem im dritten und vierten Quartal zu beobachten. Die gleiche Entwicklung gilt auch für die Gruppe „Sonstiges“, also Waren, die nicht mehr zu den vor-dringlichen Gütern gehören. Gerade diese Beobachtung läßt vermuten, daß die gegenüber 1948 ab-geschwächte quartalsweise Umsatzsteigerung nicht auf einem Rückgang der Realeinkommen beruht; denn in diesem Fall wäre in der Gruppe „Sonstiges“ kaum die beobachtete Geschäftsbelegung eingetreten.

Die gegenüber 1948 verlangsamte Zunahme der Umsätze im Jahre 1949 entspricht weitgehend der Entwicklung des Angebotes. Sowohl die Industrie-produktion als auch die Einfuhr sind nach der Wäh-rungsreform im Dezember 1947 erst richtig angelau-fen, zunächst rasch und, nachdem eine gewisse Höhe erreicht war, immer langsamer angestiegen. Der Verlauf der Mengenumsätze dürfte den gerin-geren Umsatzzuwachs im Jahre 1949 noch deutlicher aufzeigen, da die für die Warenhäuser typischen Textilien, Bekleidungs- und Haushaltsgegenstände im Laufe des Jahres 1949 gewisse Preiserhöhungen mitmachten, während die Preise 1948 sogar rück-läufig waren oder gleich blieben¹⁾.

Entwicklung der Umsätze Wiener Warenhäuser

| Quartals-durchschnitte | 1948 | 1949 | 1949 | 1948 | 1949 | 1949 |
|------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| | I. Quartal 1948 = 100 | I. Quartal 1949 = 100 | I. Quartal 1949 = 100 | I. Quartal 1948 = 100 | I. Quartal 1949 = 100 | I. Quartal 1949 = 100 |
| | Insgesame | | | Textilien und Bekleidung | | |
| I. Quartal | 100'0 | 208'3 | 100'0 | 100'0 | 266'9 | 100'0 |
| II. Quartal | 95'1 | 308'2 | 148'0 | 95'2 | 401'0 | 150'3 |
| III. Quartal | 156'3 | 292'0 | 140'2 | 172'6 | 357'7 | 134'0 |
| IV. Quartal | 353'6 | 558'1 | 268'0 | 398'9 | 670'7 | 251'3 |
| Jahresdurchschnitt | 176'2 | 341'7 | 164'1 | 191'7 | 424'1 | 158'9 |
| | Möbel und Hausrat | | | Sonstiges | | |
| I. Quartal | 100'0 | 105'5 | 100'0 | 100'0 | 102'9 | 100'0 |
| II. Quartal | 79'3 | 151'4 | 143'5 | 101'8 | 138'9 | 134'9 |
| III. Quartal | 108'5 | 200'4 | 189'9 | 135'5 | 163'8 | 159'1 |
| IV. Quartal | 241'7 | 335'7 | 318'0 | 286'7 | 367'4 | 357'0 |
| Jahresdurchschnitt | 132'4 | 198'3 | 187'9 | 156'0 | 193'3 | 187'8 |

Soweit die vorläufigen Daten aus dem übrigen Einzelhandel eine Beurteilung zulassen, erfreut sich der Fachhandel wieder eines stärkeren Zuspruches. Dies gilt in erster Linie für Textilien und Beklei-dung, in denen die Fachgeschäfte zum Teil eine stärkere Geschäftsbelegung aufweisen als die Text-il- und Bekleidungsabteilungen der Warenhäuser.

Die im Dezember – nach vorläufigen Meldun-gen – erzielten Einnahmen aus der Umsatzsteuer be-

stätigen den im November festgestellten leichten Rückgang der Einzelhandelsumsätze²⁾; die Gesamt-einnahmen (einschließlich Bundeszuschlag) nahmen um rund 3% ab.

Die Einnahmen aus den *Verbrauchssteuern* gin-gen um rund 23% zurück, und zwar aus der Tabak-steuer um 27%, aus der Biersteuer um 33%, aus der Weinststeuer um 5% und aus der Salzsteuer – nach starkem Anstieg im Vormonat – um 33%. Die Ein-gänge aus der Zuckersteuer stiegen dagegen weiter um 34%, konnten jedoch den Rückgang der anderen nicht wettmachen.

Die sinkenden Einnahmen aus der Tabaksteuer entspre-chen nicht ganz der tatsächlichen Umsatzentwicklung von Tabakwaren. Da die *Umsätze der Tabakregie* nur um 7% abnahmen, dürfte der größere Steuerausfall auf noch aus-ständige, im nächsten Monat eingehende Zahlungen zurück-zuführen sein.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 40–44

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärfte sich auch von November auf Dezember. Die Zahl der *Beschäftigten* in Landwirtschaft, Industrie und Ge-werbe, bei Bund, Bahnen und Stadt Wien ging um 69.000 auf 1,884.700 zurück. Von diesen 69.000 ent-fielen 6.000 auf die Landwirtschaft, die damit einen neuen Tiefstand von 227.400 Beschäftigten erreichte. (Bisher tiefster Stand seit Kriegsende: 231.700 im Februar 1949). Bemerkenswert ist, daß die *Ange-stellten* in Industrie und Gewerbe von dem allge-meinen Beschäftigungsrückgang nicht berührt wur-den. Ihre Zahl, die seit September eine stete Zu-nahme aufweist, stieg auch im Dezember weiter an und erreichte mit 330.700 einen neuen Höchststand. Trotzdem zeigt das Verhältnis von Angestellten zu Arbeitern im privaten Sektor eine Rückkehr zu dem vor dem Kriege üblichen Stand, nachdem der rela-tive Anteil der Angestelltenschaft in der ersten Nach-kriegszeit infolge der Abwanderung von Fremd-arbeitern, des allgemeinen Arbeitermangels, der An-forderungen des Bewirtschaftungssystems und infolge anderer Faktoren etwas überhöht war.

Gleichzeitig mit dem Rückgang der Beschäftig-tenzahl um 69.000 nahm die Zahl der vorgemerkten

Anteil der Angestellten an der Gesamtbeschäftigtenzahl in Industrie und Gewerbe

| | % |
|------------|------|
| 1937 | 21'4 |
| 1946 | 24'3 |
| 1947 | 23'1 |
| 1948 | 22'9 |
| 1949 | 22'6 |

¹⁾ Die Preise der im Lebenshaltungskostenindex des In-stitutes enthaltenen Bekleidungsgegenstände gingen im Laufe des Jahres 1948 um rund 7% zurück (insbesondere in der zweiten Jahreshälfte), während sie 1949 um rund 6% stiegen (ebenfalls in der zweiten Jahreshälfte). Die Haushaltsgegenstände ver-billigten sich 1948 um etwa 3% und wurden 1949 um 5% teurer (erst zu Jahresende).

²⁾ Siehe Nr. 12 der Monatsberichte, XXII. Jg. (1949), S. 512.

Stellensuchenden um 51.200 zu und erreichte Ende Dezember einen Stand von 139.600¹⁾. Bis Mitte Jänner stieg sie um weitere 30.000 Stellensuchende.

Die Differenz zwischen dem Beschäftigungsrückgang und der Zunahme der Stellensuchenden dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Arbeitslose — insbesondere in Wien — aus dem Register der Arbeitsämter ausscheiden, ohne eine Beschäftigung gefunden zu haben. Bezieht der Arbeitslose keine Unterstützung und besteht wenig Hoffnung auf eine Vermittlung durch das Arbeitsamt, so wird er vielfach die Fahrtkosten zum Arbeitsamt scheuen und dadurch aus den Listen ausscheiden.

Im Dezember erfaßte die steigende Arbeitslosigkeit — anders als im November — alle Berufsgruppen; ihr Schwerpunkt lag freilich weiterhin beim Bau- und Bauhilfsgewerbe und bei der Landwirtschaft; der Anteil dieser drei Gruppen an der Arbeitslosigkeitszunahme beträgt 41.243 von insgesamt 51.230, d. i. 80%. Die einzige Ausnahme von dieser Entwicklung bilden die Gaststättenarbeiter, bei denen die Zahl der Stellensuchenden um 66 zurückging, während sie im Dezember 1948 um 235 zugenommen hatte. Der wachsende Fremdenverkehr dürfte sich hier belebend auswirken.

Zunahme der Stellensuchenden im Dezember in einigen wichtigen Berufen

| | Absolute Zunahme gegenüber + oder - | Perzentuelle Zunahme gegenüber + oder - in % v. Nov. |
|-------------------------------------|---|---|
| Stellensuchende insgesamt | + 51.230 | + 58'0 |
| darunter: | | |
| Landwirtschaft..... | + 2.169 | + 72'0 |
| Bergbau..... | + 160 | + 89'4 |
| Steine, Erden usw..... | + 1.252 | + 85'8 |
| Metall..... | + 2.849 | + 62'3 |
| Textil..... | + 149 | + 10'0 |
| Papier..... | + 146 | + 27'8 |
| Nahrungs- und Genuß- mittel..... | + 890 | + 48'7 |
| Bau..... | + 19.400 | + 275'3 |
| Gaststätten..... | - 66 | - 1'1 |
| Hilfsarbeiter..... | + 18.422 | + 76'0 |

Die *Lehrlingsarbeitslosigkeit*, die zu den chronischen Problemen des österreichischen Arbeitsmarktes gehört, zeigt gegenüber der Entwicklung der allgemeinen Arbeitslosigkeit ein etwas erfreulicheres Bild. Sie nahm seit den Sommermonaten 1949 in stärkerem Maße ab, als dies im Jahre 1948 der Fall gewesen war, und lag im Dezember 1949 mit 10.873 vorgemerkten Lehrstellensuchenden um 3.860 (um 26·2%) unter dem Stand von Dezember 1948. Diese Minderung der Nachfrage nach Lehrstellen dürfte

¹⁾ Besonders die Zahl der männlichen Stellensuchenden nahm sprunghaft zu. Sie verdoppelte sich nahezu, indem sie von 51.900 auf 100.900 anstieg.

freilich überwiegend auf die aus der rückläufigen Geburtenentwicklung in den Dreißigerjahren erklär- bare Verringerung in der Zahl der Schulentlassenen sowie auf die Abwanderung von Lehrstellensuchen- den, die keine Lehrstelle finden können, in unge- lernte Berufe zurückzuführen sein. Denn die Zahl der von den Arbeitsämtern besetzten Lehrstellen war im Jahre 1949 mit 43.868 kleiner als im Jahre 1948, als 49.088 Lehrstellen besetzt wurden.

Das Landesamt für Statistik der niederösterreichischen Landesregierung hat eine Untersuchung über die Berufsabsichten der im Juli 1949 Schulentlassenen (Volks- und Hauptschulen) angestellt. Von den 7.714 Knaben, die der Schul- pflicht entwachsen, wollen 4·8% eine Fach- oder Mittelschule besuchen, 6·7% ohne Berufsausbildung bleiben oder sich erst später für einen Beruf entscheiden. Bei den 7.850 Mädchen sind die entsprechenden Perzentsätze 13·4% und 29·4%. Von den verbleibenden Kindern treten 29·3% der Knaben und 24·6% der Mädchen in elterliche Betriebe ein, und zwar zum weitaus größten Teil in landwirtschaftliche Betriebe²⁾. Es sind

Berufsabsichten der im Juli 1949 der Schulpflicht entwachsenen Jugend Niederösterreichs¹⁾

| | Knaben | % | Mädchen | % |
|---|--------|-------|---------|-------|
| Weiterer Schulbesuch..... | 371 | 4'8 | 1.055 | 13'4 |
| Berufsausbildung ²⁾ im elter- lichen Betrieb..... | 2.257 | 29'3 | 1.927 | 24'6 |
| in einer Lehrstelle..... | 4.567 | 59'2 | 2.561 | 32'6 |
| im öffentlichen Dienst... | 2 | — | — | — |
| Keine Berufsausbildung... | 259 | 3'4 | 1.530 | 19'5 |
| Aufschieben der Berufsaus- bildung..... | 258 | 3'3 | 777 | 9'9 |
| Insgesamt | 7.714 | 100'0 | 7.850 | 100'0 |

¹⁾ Angaben des Landesamtes für Statistik der niederösterreichischen Landes-
regierung. — ²⁾ Es handelt sich um Jugendliche, die den Volks- und Hauptschulen
entwachsen sind. — ³⁾ Die weitere Aufgliederung dieser Gruppe ist in der folgenden
Tabelle enthalten.

*Berufsabsichten der einer Berufsausbildung nachgehenden
schulentlassenen Jugend in Niederösterreich¹⁾*

| | Knaben | % | Mädchen | % |
|--|--------|-------|---------|-------|
| a) Berufsausbildung im elterlichen Betrieb | | | | |
| Land- und Forstwirtschaft.. | 1.817 | 80'5 | 1.712 | 88'8 |
| Gewerbe..... | 405 | 17'9 | 154 | 8'0 |
| Handel..... | 18 | 0'8 | 31 | 1'6 |
| Gaststättengewerbe..... | 17 | 0'8 | 30 | 1'6 |
| Insgesamt | 2.257 | 100'0 | 1.927 | 100'0 |
| b) Berufsausbildung in einer Lehrstelle | | | | |
| Land- und Forstwirtschaft.. | 283 | 6'2 | 270 | 10'5 |
| Gewerbe..... | 3.703 | 81'1 | 1.792 | 70'0 |
| Industrie..... | 410 | 9'0 | 111 | 4'3 |
| Handel..... | 149 | 3'2 | 278 | 10'9 |
| Gaststättengewerbe..... | 22 | 0'5 | 81 | 3'2 |
| Hausgehilfen..... | — | — | 29 | 1'1 |
| Insgesamt | 4.567 | 100'0 | 2.561 | 100'0 |

¹⁾ Angaben des Landesamtes für Statistik der niederösterreichischen Landes-
regierung.

²⁾ Es ist bezeichnend für die Abkehr von der Landwirt-
schaft, daß diese zwar dauernd Nachwuchs an andere Wirt-
schaftszweige abgibt, ihre Ergänzung aber fast ausschließlich
durch „Berufsvererbung“ in der Bauernschaft suchen muß.

daher nur etwa drei Fünftel der schulentlassenen Knaben und weniger als ein Drittel der schulentlassenen Mädchen, die lehrstellensuchend bei den Arbeitsämtern erscheinen und den Grundstock der zukünftigen gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft bilden sollen. Daß heute schon solche Schwierigkeiten bestehen, selbst diesen Bruchteil der schulentlassenen Jugend in Lehrstellen unterzubringen, obwohl auf vielen Gebieten tüchtige Facharbeiter noch immer fehlen, ist ein mahnendes Zeichen. Das Problem der Produktivitätssteigerung, das in Österreich so brennend zur Diskussion steht, wird auf die Dauer nur dann zufriedenstellend gelöst werden können, wenn der qualifizierten österreichischen Arbeiterschaft Nachwuchs und Nachwuchsausbildung gesichert werden können.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 45--46

Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen waren im November fast ebenso hoch wie im Oktober. Der *Güterverkehr* (geleistete Nutzlast-Tonnenkilometer) ging nur um 1·8%, hauptsächlich in der zweiten Monatshälfte, saisonbedingt zurück. Der Herbstverkehr, der seine Spitze in den beiden ersten Wochen des November erreicht hatte, konnte ohne Schwierigkeiten in der Wagengestellung bewältigt werden.

Der *Gütertransit*, der im Sommer stark zurückgefallen war, stieg im letzten Quartal ständig an, ohne allerdings die Höhe des 4. Quartals 1948 zu er-

Der Gütertransitverkehr im 4. Quartal 1949

| Monat | Netto- z.-km in Mill. | Insges. in 1.000 | Einnahmen | |
|--------------------|-----------------------------|---------------------|---|---|
| | | | Kohlen- transporte in 1.000 Schweizer | Andere Güter- transporte Franken |
| September | 84·2 | 5.723 | 863 | 4.860 |
| Oktober | 87·0 | 5.547 | 1.187 | 4.360 |
| November | 101·4 | 6.226 | 1.213 | 5.013 |
| Dezember | 106·1 | 7.335 | 1.207 | 6.128 |
| Summe 1949 | 1.259·3 | 78.288 | 18.269 | 60.018 |
| Summe 1948 | 1.375·5 | 75.624 | 26.388 | 49.236 |
| 1949 in % von 1948 | 91·6 | 103·5 | 69·2 | 121·9 |

reichen. Die Kohlentransporte (aus Polen) stiegen nur mäßig an und betragen insgesamt nur 50% des Vergleichs quartals, die Zunahme entfiel somit auf die Masse der anderen Güter. Der Rückfall des Kohlentransites war vor allem durch die Umstellung der italienischen Kohlenbezüge aus Polen auf andere Bezugsländer und die Lahmlegung des polnisch-jugoslawischen Handelsverkehrs¹⁾ bedingt, wodurch sich die Bedeutung des polnischen Durchzugsverkehrs im österreichischen Transitverkehr grundlegend änderte. Während das aus Polen kommende Transitgut mengenmäßig bis Mitte des Jahres 1949 noch an erster Stelle stand, ist es in den letzten fünf Monaten auf einen geringen Posten zusammen-

¹⁾ Siehe Nr. 12 der Monatsberichte, XXII. Jg. (1949), S. 464.

geschrumpft. Die Umstellung von Kohle auf andere Güter ist für die Bundesbahnen jedoch vorteilhaft, da deren Frachtsätze viel höher liegen.

Trotz dem relativ geringen Transitaufkommen in den Sommermonaten waren i. J. 1949 die geleisteten Netto-Tonnenkilometer nur um 8·4% geringer und die Einnahmen sogar um 3·5% größer als im Jahre 1948. Dem Rückgang der Transitkohle auf 69·2% steht eine Zunahme des Transits „Anderer Güter“ um 21·9% gegenüber. Da die Daten für die einzelnen Transitstrecken noch fehlen, können die während des vergangenen Jahres eingetretenen Umschichtungen zur Zeit noch nicht analysiert werden. Klar zeigt sich aber schon jetzt, daß sich der Ost-West-Verkehr in beiden Richtungen verstärkt hat.

Der *Personenverkehr* erlitt im November einen leichten Rückschlag. Die Zahl der verkauften Karten fiel von 5·0 Mill. auf 4·6 Mill. Stück; die geleisteten Nutzlast-Tonnenkilometer gingen um 3·2 Mill. zurück. Damit dürfte der auch saisonüblich tiefste Jahresstand erreicht sein; mit einem leicht ansteigenden Reiseverkehr im Dezember ist zu rechnen.

Die Einnahmen der Bundesbahnen konnten um knapp 3%, die laufenden Ausgaben mußten um rund 4% gesteigert werden. Der Betriebsabgang erhöhte sich damit von 6·8 Mill. S im Oktober²⁾ auf 8·2 Mill. S im November.

Der *Donauverkehr* (Linz-Regensburg) konnte infolge günstigen Wasserstandes auch im Dezember seine bisherige Leistung aufrecht erhalten. Von der beförderten Tonnage in Höhe von 90.687 t (90.105 t im November) entfielen 1.687 t auf die Bergfahrt (hauptsächlich Bleche). Talwärts wurden 88.211 t Kohle und 811 t Kaufmannsgut befördert.

Reformbedürftiger Stückgutverkehr

Zu den Rationalisierungsaufgaben der österreichischen Bundesbahnen gehört auch die endgültige tarif- und transporttechnische Reform des Stückgutverkehrs. Sie würde die Wettbewerbslage der Bundesbahnen gegenüber der Straße entscheidend beeinflussen. Geeignete Maßnahmen könnten sowohl eine Koordinierung zwischen Schiene und Straße anbahnen als auch der verfrachtenden Wirtschaft bedeutende Vorteile bringen.

Nach den Vorschriften des österreichischen *Eisenbahngütertarifes* (Teil I/B/§ 3) ist jede Sendung unter 4.991 kg „Stückgut“ und von oder über 4.991 kg eine „Wagenladung“. Diese Festsetzung bietet zwar im Gegensatz zu anderen Eisenbahntarifen und der

²⁾ In Nr. 11 der Monatsberichte, XXII. Jg. (1949), Seite 515, wurde irrtümlich dieser Betriebsabgang als Überschuß ausgewiesen.

Eisenbahnverkehrsordnung (EVO) den Vorzug einer eindeutigen Definition, erschwert aber die Anpassung an Änderungen in Betriebserfordernissen und Wettbewerbsverhältnissen¹⁾.

Die starre Gewichtsgrenze führt nicht nur zu unzähligen Reklamationen, denen die Bundesbahn meist stattgeben muß (u. a., weil die Taragewichte der Wagen oft falsch angeschrieben sind), sondern es ergeben sich für den Verfrächter aus der hohen Tarifspanne zwischen Stückgut- und Wagenladungssätzen auch unbillige Härten.

So kostet z. B. eine Sendung Schieferplatten im Gewichte von 4.800 kg auf eine Entfernung von 300 km nach dem Stückgutsatz 1.088'64 S, während sie nach dem 5-Tonnen-Wagenladungssatz (Klasse F 5) nur 367'84 S betragen würde, also um fast 66% weniger. Würde die Bundesbahn der in der Eisenbahnverkehrsordnung festgelegten Bestimmung, dem Versender die billigste Frachtberechnungsmöglichkeit einzuräumen, nachkommen²⁾, dann müßte in dem angeführten Beispiel selbst eine Sendung im Gewichte von 1.712 kg nach dem Wagenladungssatz abgerechnet werden, da dieser immer noch billiger ist als die Stückgutfracht. Nun hat zwar die Bundesbahn auf Drängen der Wirtschaft mit Wirkung vom 16. August 1948 den Ausnahmetarif 5 [Alternativberechnung]³⁾, der bis dahin nur für bestimmte Güter galt, auf „Güter aller Art“ erweitert, jedoch mit der Bedingung, daß der Wagenraum voll ausgenützt sein müsse (im Binnenverkehr). Diese Erweiterung des Ausnahmetarif 5 erstreckt sich daher nur auf leichtgewichtige, voluminöse Güter⁴⁾, während die große Masse aller Stückgutsendungen mit hohem spezifischem Gewicht nicht in den Genuß der ihnen grundsätzlich zustehenden Alternativberechnung kommt. Die oben erwähnte Post Schieferplatten füllt z. B. nur zur Hälfte den Wagenraum aus, so daß für sie die starre Gewichtsgrenzen-Bestimmung weiterhin verbindlich ist.

¹⁾ Vor dem Jahre 1938 bestand in Österreich rein transporttechnisch die gleiche Unterscheidung; für die Tarifberechnung war jedoch das sogenannte „Rechnungsgewicht“ maßgebend, d. h. es stand dem Absender frei, eine Sendung unter 4.991 kg mit 5.000 kg zu deklarieren, wenn die Wagenladungsfahrt billiger war. Nach dem deutschen Eisenbahntarif steht es im Belieben des Verfrächters, eine Sendung als Stückgut oder Wagenladung aufzugeben, sofern er selbst verladet. Hingegen gilt grundsätzlich jedes Gut, wenn es von der Bahn verladen wird, als Stückgut.

²⁾ Diese Bestimmung schließt auch das Recht des Versenders ein, der Frachtberechnung ein höheres als das wirkliche Gewicht der Sendung zugrunde zu legen; wenn sich daraus eine billigere Gesamtfahrt ergibt. Vgl. hierzu: E. Billiesch: „Ein unrationeller Vorschlag der Österreichischen Bundesbahnen“ in: „Der österreichische Volkswirt“, Nr. 15/1946.

³⁾ Sendungen unter 4.991 kg werden zu den für 5.000 kg geltenden Frachtsätzen der Wagenladungsklassen abgerechnet, wenn diese Frachten billiger sind als die nach der Stückgutklasse.

⁴⁾ Für alle nicht namentlich im alten AT 5 aufgeführten Güter dieser Art mußte bis 16. August 1948 selbst im Falle einer vollen Ausnutzung des Wagenraumes der Stückgutsatz bezahlt werden, wenn sie nicht die Gewichtsgrenze (4.991 kg) überschritten.

Da nach den bestehenden Tarifgrundsätzen für Wagenladungen mit Sendungen zwischen 5 t und 10 t bzw. zwischen 10 t und 15 t die Fracht für das höhere Gewicht zu berechnen ist, wenn sich dadurch ein geringerer Frachtbetrag ergibt, wäre eine analoge Tarifvorschrift für Stückgut ebenfalls gerechtfertigt. Diese für Wagenladungen geltende Alternativberechnung schwächt auch sehr den Einwand, daß aus Gründen der Wagenraum-Ökonomie (volle Ausnutzung des Wagens) an der Gewichtsgrenze für Stückgut festgehalten werden müsse. Denn wenn für Ladegewichtsgüter ein Spielraum von 1.000 kg und mehr bis zur Ausnutzung des Ladegewichtes zugestanden wird, verliert das Argument der Wagenraum-Ökonomie im Stückgutverkehr stark an Beweiskraft.

Ohne Zweifel verlangt die gegenwärtige Wagensituation sowie die Selbstkostenrechnung der Bundesbahnen eine weitgehende Ausnutzung des Wagenraumes. Auch ein unnötiges Anschwellen des Stückgutverkehrs ist unerwünscht, da er der Bahn hohe Manipulationskosten verursacht, die auch durch die hohen Stückgutsätze nicht gedeckt werden können. Die Festsetzung einer starren Gewichtsgrenze und die erwähnte Beschränkung der Alternativberechnung sind jedoch nicht die geeigneten Maßnahmen:

Solange Wagen knapp sind, könnte für bestimmte, leicht festzulegende Güter eine Raumausnutzung verlangt und es könnten Anforderungen besonderer Wagen für Sendungen unter 4.991 kg, die den ganzen Wagenraum nicht ausnutzen, verhindert werden. Wenn sich die Wagenlage bessert, könnte die Einräumung des verbilligten Wagenladungssatzes an die Verpflichtung zur Be- und Entladung durch die Parteien geknüpft werden, wodurch die Manipulationskosten eingeschränkt und die Verfrächter, sofern sie nicht selbst verladen wollen, auf den Sammelladungsverkehr abgedrängt würden. Nur die von der Bahn verladene Stückgüter würden nach der Stückgutklasse befördert werden, die so hoch zu bemessen wäre, daß das „Kleingut“ auf den billigeren Sammelladungsverkehr ausweicht.

Die gegenwärtige Regelung des Stückgutverkehrs liegt aber auch nicht im Interesse der Bundesbahnen. Bleibt die Alternativberechnung für den größten Teil der Stückgüter, die ja meist zu den hochwertigen Waren gehören, weiterhin ausgeschaltet, besteht die Gefahr einer immer stärkeren Abwanderung zum Lastkraftwagen. Selbst die geringwertigen Güter werden vorteilhafter in Kraftwagen befördert. So kostet die Fracht für die oben erwähnte Post Schieferplatten im Straßenverkehr 670 S (gegen 1.088 S in der Stückgutklasse). Schon allein wegen dieser ungünstigen Konkurrenzlage müßten die Bundesbahnen bemüht sein, die Beförderung von Stückgut zu Sätzen der Stückgutklasse einzuschränken, da auf lange Sicht die Abwanderung auf die Straße unausbleib-

lich ist. Diese Transporte können der Bahn nur erhalten bleiben, wenn sie, abgesehen von dem erwähnten „Kleingut“, prinzipiell dem Verfrächter den jeweils billigsten Frachtsatz zugesteht.

Neben der Änderung der Tarifvorschriften scheint aber auch eine weitgehende Reformierung und *Rationalisierung* des Stückgutverkehrs geboten. Die Einnahmen aus dem Stückgutverkehr liegen unter den aus der Transportleistung entstehenden Selbstkosten, wodurch der Stückgutverkehr zu einem ständigen Verlustgeschäft wird.

So entfielen 1948 rund 6% der Einnahmen auf das Stückgut (zirka 70 Mill. S), während sich allein die Verwaltungselbstkosten mindestens auf ein Drittel des Aufwandes für den kommerziellen Dienst, also auf 100 bis 120 Mill. S, beliefen. Hiervon entfallen 90 bis 95% auf das Magazinpersonal, da zur Bewältigung der Magazin- und Verladeleistungen ein beträchtlicher Apparat notwendig ist, obwohl der Anteil des Stückgutes am gesamten Transportaufkommen nur 2,3% (1948) beträgt. Trotz geringem Transportvolumen steht aber der Stückgutverkehr hinsichtlich der monatlichen Wagenanforderungen mit durchschnittlich 5.000 Waggons (19% des gesamten Güterwagenparks) an erster Stelle, wobei die durchschnittliche Auslastung der Wagen nur 3 bis 4 t beträgt.

Das Mißverhältnis zwischen Transportleistung, Aufwand und Einnahmen wird mit zunehmender Abwanderung des Stückgutes auf die Straße immer größer, da der Verwaltungs- und Betriebsapparat fast im gleichen Umfange aufrecht erhalten werden muß. Vom Standpunkt rationeller Wirtschaftsführung ist dieses Verlustgeschäft für die Bundesbahnen auf die Dauer untragbar.

Da die Eisenbahn im Gegensatz zum Kraftwagen zur Transportleistung verpflichtet ist und auch auf unrentablen Strecken den Verkehr aufrecht erhalten muß¹⁾, ist es so lange nicht möglich, den Stückgutverkehr überhaupt oder auf bestimmten Strecken aufzulassen, als der Kraftwagenverkehr nicht einen vollwertigen Ersatz bietet. Die Rationalisierung kann daher nur schrittweise vorgenommen werden, wobei als Endziel das völlige Auflassen der Stückgutabfertigung oder deren Beschränkung auf einige Bahnknotenpunkte zu erwägen ist. Nach Vorschlägen von Bahnsachverständigen²⁾ wäre es schon heute möglich, die Stückgutannahme für alle jene Verkehrsbeziehungen zu sperren, in denen ein ausreichender Spediteur-Sammelladungsverkehr besteht oder wo durch entsprechende Vereinbarungen mit

privaten Kraftwagenlinien und Speditionen das Stückgut im Hausverkehr gesammelt und dem nächsten Knotenbahnhof oder Spediteur-Sammellager zugeführt wird. Damit könnten die zahllosen Magazine in kleinen Bahnhöfen aufgelassen, Personal eingespart und die Transportdauer um die Hälfte oder ein Drittel verkürzt werden. Das Abdrängen des Stückgutverkehrs in die Sammelladungen der Spediteure oder seine Konzentration in wenigen Knotenbahnhöfen hätte auch eine bessere Wagenraumausnutzung zur Folge, da schon jetzt die Sammelwagen der Spediteure mit durchschnittlich 10 t ausgenutzt sind gegenüber den nur mit 3 bis 4 t ausgelasteten Orts- und Kurswagen der Bahn. Im Nahverkehr wäre überhaupt alles Stückgut dem Lastkraftwagenverkehr zu überlassen. Sollte der private Kraftwagendienst zur Übernahme einer Beförderungspflicht nicht bereit sein, dann hätte die Bundesbahn immer noch die Möglichkeit, durch ihren eigenen Lastkraftwagenpark und durch Mietverträge ihrer Beförderungspflicht nachzukommen.

Eine derartige Rationalisierung des Stückgutverkehrs hätte zwar für die Bundesbahnen im Nahverkehr einen „Güterverlust“ zur Folge, würde aber insgesamt durch die weitgehende Einsparung auf dem Gebiete der Stückgutabfertigung (einschließlich Verladetätigkeit), der Vershubtätigkeit und der besseren Wagenausnutzung einen Gewinn bedeuten. Die Aufhebung der starren Gewichtsgrenze und die Gewährung des jeweils billigeren Frachtbetrages würden der Bahn die größeren Sendungen unter 4.991 kg erhalten. Die Konzentration in einigen Knotenbahnhöfen mit einem regelmäßig großen Güteranfall könnte zur Einrichtung eines verbilligten Bahn-Sammelverkehrs führen. Allerdings nur dann, wenn dessen Kosten unter jenen der Spedition liegen.

Die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen der Bundesbahnen im Stückgutverkehr erstrecken sich vor allem auf die Reduzierung der Wiener Stückgut-Aufgabebahnhöfe von 30 auf 20 und die Einrichtung des Schienenersatzverkehrs (Lastwagen). Dieser dient in erster Linie zur Verkürzung der Transportdauer und stellt einen rein internen „Bahnverkehr“ von Magazin zu Magazin dar, erreicht also nicht den eigentlichen Zweck des Lastwagenverkehrs, nämlich die Einsparung von Magazinen und Personal.—Der-Ersatzverkehr ist vielmehr eine Wettbewerbsmaßnahme, von der keinesfalls eine Kosteneinsparung erwartet werden kann.

Die Neuregelung des Stückgutverkehrs könnte für das Problem Schiene — Straße einen ersten Lösungsversuch bedeuten. Die Rationalisierung wäre gleichzeitig im Interesse der Bundesbahn, der Spedi-

¹⁾ Die Straßenkonkurrenz erstreckt sich in erster Linie auf die lebhaften und auch für die Bundesbahnen lukrativen Verkehrsbeziehungen, so daß auch im Stückgutverkehr der Bahn nur der besonders unrentable Zufallsverkehr auf den Nebenstrecken verbleibt.

²⁾ Siehe hierzu auch die Zeitschrift „Verkehr“: Nr. 26 und 31 des Jahrganges 1948 und Nr. 16 des Jahrganges 1949.

teure, der privaten Kraftwagenlinien und der verfrachtenden Wirtschaft gelegen.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 47—48

Die Ungewißheit über den Wechselkurs, die noch während der drei ersten Novemberwochen andauerte, verhinderte den Aufschwung, der gewöhnlich zu Jahresende einsetzt. Die *Ausfuhr* stieg zwar im November um 42 Mill. S auf 2567 Mill. S und lag damit höher als in irgendeinem Monat seit Juni; aber der saisonbereinigte Index sank um 23% auf 1413 (1948 = 100).

Der starke Einfluß, den die Verzögerung in der Wechselkursregulierung auf die Ausfuhr im Oktober und November ausübte, kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man die Entwicklung der Exporte in die europäischen Staaten, die nicht abgewertet haben, mit jener der Exporte in die übrigen Länder vergleicht. Wohl hemmte der Interimszustand auch den Export in die erste Ländergruppe, teils weil man mit Angeboten spekulativ zurückhielt, teils weil sich die Konkurrenz der Abwertungsländer fühlbar machte; aber diese Wirkungen waren nicht so unmittelbar wie die plötzliche Verteuerung der österreichischen Waren (bzw. — bei festen Fremdwährungspreisen — der Rückgang im Exporterlös) in den Abwertungsländern. Die Exporte Österreichs in die (europäischen) Länder, die nicht abgewertet hatten, stiegen zwischen September und November von 823 Mill. S auf 1024 Mill. S, in die übrige Welt gingen sie von 1719 Mill. S auf 1543 Mill. S zurück. Das einzige Abwertungsland, dessen Käufe österreichischer Waren in dieser Periode merklich steigen konnten und im November mit 169 Mill. S sogar einen Höhepunkt erreichten, waren die Niederlande. Allerdings spielt hier das Kompensationsgeschäft, das durch die Abwertung nicht unmittelbar berührt wurde, eine wichtige Rolle.

Ausfuhr Österreichs

| Monat | In acht europäische Länder, die im September nicht abgewertet haben ¹⁾ | In die übrige Welt |
|-----------------|---|--------------------|
| | in Mill. S | |
| September | 823 | 1719 |
| Oktober | 880 | 1645 |
| November | 1024 | 1543 |

¹⁾ Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Schweiz, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn.

Die kommerzielle *Einfuhr* ging im November um 53 Mill. S auf 356 Mill. S zurück, wodurch der Einfuhrüberschuß zum erstenmal seit Mai wieder unter die 100-Mill.-Grenze sank. Aus Westdeutschland hat die Zufuhr allerdings — unter weitgehender Ausnützung der Ziehungsrechte — mit 607 Mill. S einen

neuen Höchststand erreicht. Erhöhte Kohlenlieferungen zum Winterbeginn spielten da eine große Rolle, ebenso wie bei der Tschechoslowakei, von wo die Einfuhr mit 441 Mill. S ebenfalls einen Höhepunkt erreichte. Damit nahm die Tschechoslowakei den zweiten Platz in der Reihe der Bezugsländer ein, den sie seit Oktober 1948 nicht mehr inne hatte.

Die neuen Schwierigkeiten zufolge der Wechselkursregulierung vom 22. November 1949 dürften, obgleich sie für viele Sparten zweifellos auch Vorteile brachten (nur kommen diese aus begreiflichen Gründen weniger zur Sprache), die erhoffte Erholung des Außenhandels noch hintanhaltend. Die Abwertung hat zunächst nicht zu einer nachhaltigen Steigerung des Devisenzustromes geführt, vielmehr hat die große Zahl wichtiger Einfuhrwaren — allen voran Kohle —, die in die Importliste B (Einfuhr zum Effektivkurs) gedrängt wurden, eine übergroße Beanspruchung der Nationalbank mit sich gebracht. Die Folge davon war, daß Exporteure, die Importe von B-Waren benötigten, keine Zuteilung von Devisen zum Grundkurs erhielten und diese Importe ganz aus ihrer 60%igen Belassungsquote decken mußten, also mit Devisen, deren Realisierungswert 26 S pro Dollar und nicht gleich dem Effektivkurs von 2136 S ist. Wenn man davon absieht, daß die Eigendevisen dem Exporteur den Vorteil einer rascheren und leichteren Einfuhr gewährten — wobei die kalkulatorische Bedeutung dieses Vorteiles nicht allgemein veranschlagt werden kann —, so ließen sich für jene Vorschrift nur wenig Gründe anführen. Wollte man sie volkswirtschaftlich damit rechtfertigen, daß der Exporteur, der *inländische* Rohstoffe verarbeitet, als größerer Netto-devisenbringer förderungswürdig sei, so stand dem das Argument entgegen, daß diese Methode den Exportanreiz der rohstoffimportierenden Industrie verringerte. Diejenige Firma nämlich, die für den Inlandsmarkt arbeitete, bekam die Devisen für die Rohstoffe um 2136 S, während die Exportfirma sie aus ihrer Belassungsquote, d. h. mit 26 S, bezahlen mußte. Das bedeutet, daß der Auslandsmarkt gegenüber dem Inlandsmarkt nur dann als rentabel erscheinen konnte, wenn der im Ausland erzielte Preis dem inländischen schon bei einem Dollarkurs von 1858 S oder 1997 S gleichkam (je nachdem, ob eine Quote von 60 oder 30% des Verkaufspreises für importierte Rohstoffe und Maschinen in Ansatz gebracht wird). Der Exportanreiz, der durch die Festsetzung eines Effektivkurses von 2136 S erreicht werden sollte, wurde daher in diesen Fällen vermindert.

Es ist daher Aufgabe der Devisen- und Außenhandelspolitik zu verhindern, daß sich aus der

jetzigen Situation ein *circulus vitiosus* entwickelt, in welchem der Devisenmangel die Nationalbank zu restriktiven Maßnahmen zwingt, die ihrerseits wieder die Exporte und den Devisenzufluß hemmen. Das könnte einerseits durch einen verstärkten direkten Exportdruck verhindert werden, wie z. B. die Verknüpfung von Importlizenzen mit Exportauflagen, insbesondere bei Branchen, bei denen der Inlandsmarkt noch sehr attraktiv ist, andererseits durch eine allmähliche Anpassung der Devisenpolitik an die Erfahrungen, die seit der Abwertung gemacht wurden. Hierin wurden schon die ersten Schritte unternommen. Zwar sieht man zunächst von fluktuierenden Prämienkursen zur Regelung von Devisenangebot und -nachfrage ab, was angesichts der noch sehr labilen Verhältnisse auf dem Devisenmarkt und der dadurch zu befürchtenden starken Kursschwankungen sicherlich gerechtfertigt ist. Aber man hat begonnen, schrittweise Änderungen dort vorzunehmen, wo die neue Situation deutliche Stockungen im Export zu verursachen scheint.

Hierher gehört zunächst die Gewährung eines niedrigeren Wechselkurses (1:10) für Kohlenbezüge der VÖEST, die damit wieder einen Teil jener besonderen Subventionen erhält, die früher auf einer hohen Belassungsquote und hohen Agios beruhte und welche die Grundlage der Roheisenexporte dieses Konzerns bildete. Ferner wurden die Agios für die Prämienkurse für französische und skandinavische Devisen sowie für türkische Verrechnungsdollars, die anlässlich der Abwertung ein geringeres Agio als die anderen Devisen erhalten hatten, am 18. Jänner erhöht, allerdings zunächst nur im Falle Frankreichs auf die vollen 80%, die bei den übrigen Devisen angewendet werden, in den anderen Fällen nur auf 65%. Am 28. Jänner folgte eine neuerliche Revision der Prämienkurse, bei welcher die Agios der skandinavischen Devisen sowie der holländischen Devisen ebenfalls auf die vollen 80% erhöht wurden. Diese Maßnahmen sollen die besonderen Exportschwierigkeiten, die sich im Verkehr mit diesen Ländern ergaben, beseitigen helfen.

Ein grundlegender Eingriff in die Devisenregulierung wurde gleichfalls am 28. Jänner eingeführt. Die bisherige Praxis, wonach 40% der Exportdevisen zum Grundkurs abgeliefert werden mußten, während 60% belassen wurden und zum Prämienkurs veräußert werden konnten, wurde abgeschafft. Die Nationalbank wird nun sämtliche Devisen der Exporteure einheitlich zum Mischkurs ankaufen und

Prämienagios über dem Grundkurs

| Benennung | Bis 18. I. 1950 | 18. I. 1950 bis 28. I. 1950 in % | Seit 28. I. 1950 |
|---------------------------|--------------------|--|---------------------|
| Devisen | | | |
| Französische..... | 60'4 | 80'1 | 80'1 |
| Dänische | 35'0 | 64'9 | 80'0 |
| Norwegische | 35'0 | 65'0 | 80'0 |
| Schwedische | 40'0 | 65'0 | 80'0 |
| Holländische | 40'0 | 40'0 | 80'0 |
| Sonstige | 80'6 | 80'6 | 80'6 |
| Verrechnungsdollar | | | |
| Türkische | 0 | 65 | 65 |
| Deutsche..... | 80 | 80 | 80 |
| Sonstige | 0 | 0 | 0 |

die Belassungsquoten werden wieder wie vor der Abwertung, dem Bedarf der einzelnen Firmen an ausländischen Rohstoffen entsprechend, individuell festgelegt. In jenen Fällen, wo der Exporteur seine Belassungsquote zum Ankauf von C-Waren (zum Prämienkurs) benützt, muß er die Differenz zwischen Mischkurs und Prämienkurs an die Nationalbank bezahlen. Durch diese Neuordnung wird die bisherige Benachteiligung der Produzenten, die ihre Rohstoffimporte aus eigenen Exportdevisen bezahlen mußten, aufgehoben. Andererseits bedeutet die Wiedereinführung individueller Belassungsquoten eine Abkehr von dem Wege zur Vereinheitlichung der Exportbedingungen. Angesichts der äußersten Dringlichkeit einer Exportsteigerung bei möglichst sparsamem Devisenhaushalt bringt diese Maßnahme jedoch einen Fortschritt, vorausgesetzt, daß die Festsetzung der Belassungsquoten volkswirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt und weder zum Spielball neuer Spekulationen wird noch zu Umgehungen des offiziellen Devisenmarktes führt. Die exportbelebende Wirkung der neuen Maßnahmen sollte ferner durch administrative Erleichterungen im Außenhandelsverfahren erhöht werden, wo eine wesentliche Vereinfachung und Beschleunigung der Ausfuhrbewilligungen vorgesehen ist.

Das Importverfahren ist durch die neuen Maßnahmen zunächst unberührt geblieben. Doch wird durch die generelle Bezahlung der Exportdevisen zum Mischkurs die Vergrößerung des Kreises der C-Importwaren noch dringlicher, wenn die Nationalbank ohne Verluste imstande sein soll, genügend Devisen für lebensnotwendige Einfuhren zum Grundkurs und für wichtige Rohstoffeinfuhren zum Mischkurs bereitzustellen. Eine Neueinteilung der Importlisten steht daher gegenwärtig zur Diskussion, doch sind Änderungen dadurch erschwert, daß sie der Zustimmung des Internationalen Währungsfonds bedürfen.